

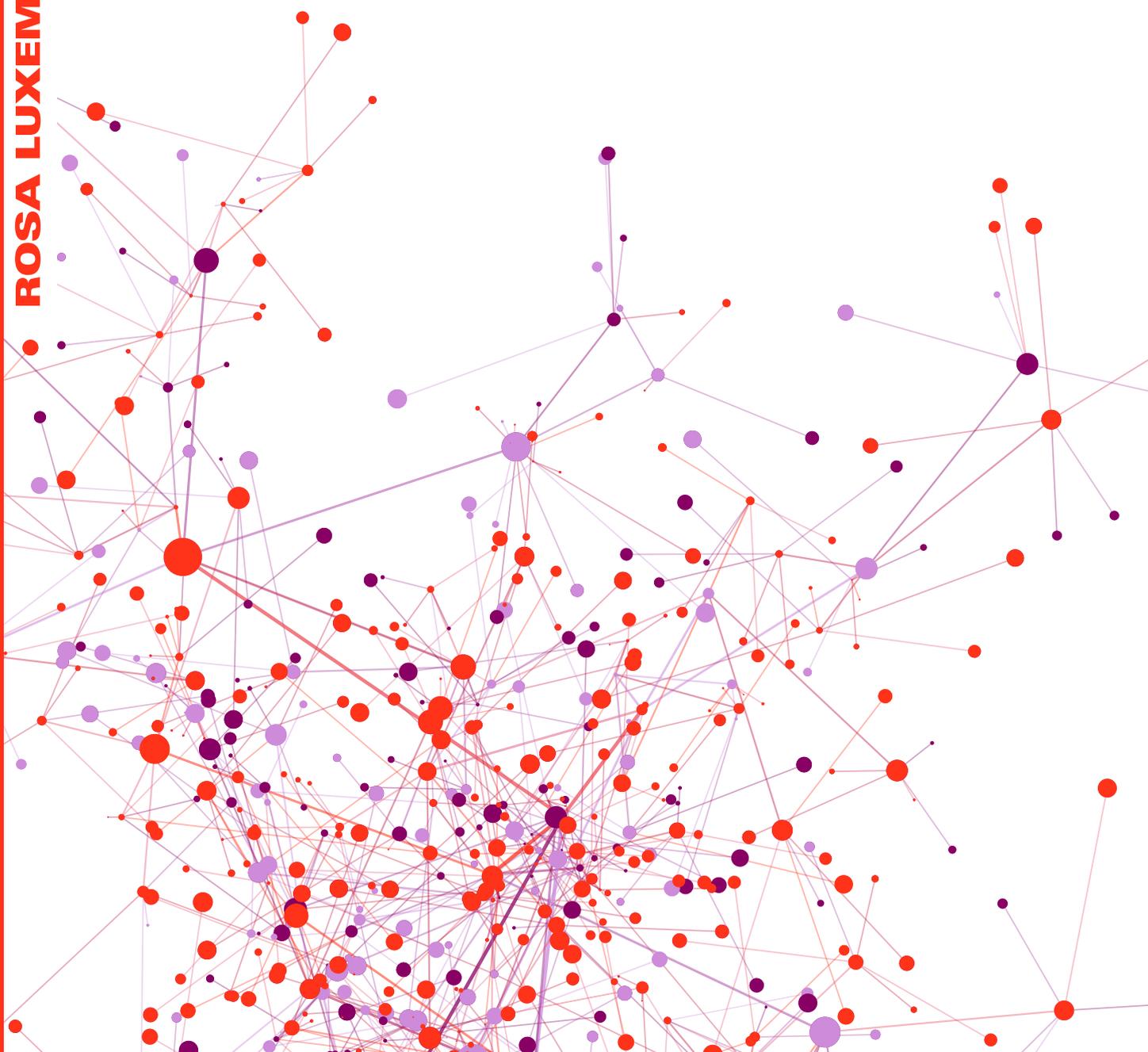
STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

THOMAS GOES UND JOHANNES SCHULTEN

EINE ERLEBBARE PARTEI VOR ORT

WAS NEUMITGLIEDER DER PARTEI
DIE LINKE BEWEGT
EINE EMPIRISCHE STICHPROBE



THOMAS GOES UND JOHANNES SCHULTEN

EINE ERLEBBARE PARTEI VOR ORT

WAS NEUMITGLIEDER DER PARTEI DIE LINKE BEWEGT
EINE EMPIRISCHE STICHPROBE

THOMAS GOES ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität und dort Koordinator der Forschungsperspektive «Sozioökonomie von Arbeit». Jüngste Veröffentlichungen: «Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eilten und Rechte?», zusammen mit Violetta Bock, Köln 2017; «Aus der Krise zur Erneuerung? Gewerkschaften zwischen Sozialpartnerschaft und sozialer Bewegung», Köln 2016.

JOHANNES SCHULTEN ist Journalist und leitet zusammen mit Jörn Boewe das Journalistenbüro work-in-progress. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben die beiden zusammen 2015 die Analyse «Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten» verfasst.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

STUDIEN 1/2019, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Januar 2019

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Vorwort	5
Einleitung	6
1 Zu den befragten Neumitgliedern	7
2 Was die Neuen bewegt: zentrale Themen, Motivationen und Ungerechtigkeitswahrnehmungen.	9
3 Wege in die Partei	13
4 Deutungen der Gesellschaft	16
5 Wege der Veränderung	18
6 Lob und Kritik an der Partei	21
7 «Klassengeschichten»: ausgewählte Porträts	25
8 Fazit	31
Literatur	32

VORWORT

Die Umbrüche im politischen Feld erreichen nun auch die vermeintliche Insel der Stabilität: die Bundesrepublik. Insbesondere der Aufstieg der radikalen Rechten und der Partei Alternative für Deutschland (AfD) schreckten auf. Viel Aufmerksamkeit wurde folgerichtig auf die Erklärung und das Begreifen des Phänomens verwendet, schließlich gewann die Partei zunehmend Wähler*innen aus allen gesellschaftlichen Gruppen und von allen in den Parlamenten vertretenen Parteien, auch von der LINKEN. Weniger Aufmerksamkeit wurde jedoch der LINKEN selbst gewidmet. Denn schließlich tut sich in der Gesellschaft mehr als nur ein Rechtsruck. Es kommt zu einer starken Polarisierung zwischen einem rechtsliberalen, kosmopolitisch-neoliberalen Block an der Macht und dem Block der antiliberalen radikalen Rechten, während sich parallel dazu ein dritter Pol von Kräften herausbildet, der für Demokratisierung und eine solidarische Lebensweise steht.

Dieser dritte Pol ist bislang nur in seinen Fragmenten repräsentiert. Und doch erleben wir gerade eine Veränderung der Situation: Über Wochen gingen bundesweit Zehntausende gegen steigende Mieten auf die Straßen (in Berlin, Leipzig, Hamburg und Stuttgart, aber auch in unzähligen kleineren Städten), sie demonstrierten gegen rechts (z. B. #ausgehetzt in München), gegen verschärfte Polizeigesetze, gegen die tödliche Flüchtlingspolitik der EU (Bewegung «Seebrücke») und für mehr Klimaschutz (wozu der Jahrhundertsommer sicherlich ebenso beigetragen hat wie der Kampf um den Hambacher Forst). Diese Bewegungen haben am 13. Oktober 2018 mit fast 250.000 Menschen auf den Straßen Berlins unter dem Motto #unteilbar einen sichtbaren Ausdruck gefunden. Die Ereignisse in und nach Chemnitz haben deutlich gemacht, wie groß die Bedrohung durch erstarkenden Autoritarismus, Rassismus und Nationalismus ist.

DIE LINKE ist dabei, ist in diesen Mobilisierungen und Kämpfen aktiv. Die Partei versucht aber auch, nicht nur bei großen Demonstrationen intensiver mit sozialen Bewegungen und Initiativen zusammenzuarbeiten. Über sogenannte Haustürgespräche, die Organisation in benachteiligten Vierteln, die Beteiligung an Mieterinitiativen, über Beratungen von Hartz-IV-Empfänger*innen, die systematische Unterstützung von Arbeitskämpfen bei Amazon und in Krankenhäusern oder über das Engagement in Willkommensinitiativen versucht sie, den Aufbau solidarischer Strukturen im Alltag voranzutreiben, Orte wechselseitiger Hilfe und politischer Organisation zu schaffen, sich in

der Gesellschaft breiter zu verankern – um stärker zu werden, um eine Partei zu werden, die vor Ort die Ermächtigung der Einzelnen befördert. Und sie versucht, mit Kampagnen Schwerpunkte zu setzen, zentrale Anliegen und Bedürfnisse der Menschen aufzugreifen. Denn es gibt ja eine Diskrepanz zwischen dem, was Menschen – beeinflusst durch den alltäglichen Medienbeschuss – in Meinungsumfragen als «größtes politisches Problem» benennen, und dem, was sie in ihrem Alltag bewegt und umtreibt: unsichere Arbeitsbedingungen, mangelhafte soziale Infrastrukturen, etwa bei der Pflege und im Schulwesen, sowie die Angst, aus ihrer Wohnung und ihrem gewohnten Umfeld verdrängt zu werden und im Alter in Armut leben zu müssen (verschiedene empirische Untersuchungen stützen dies). Entsprechend fokussiert DIE LINKE auf Forderungen und Auseinandersetzungen, die mobilisierungsfähig sind, zu denen innerhalb und außerhalb der Partei bereits viele aktiv sind, um dem «Aufbruch» eine kritische Masse und Wirksamkeit zu verleihen, um grundlegende Veränderungen voranzutreiben. Als linke Partei will sie nicht nur im Parlament und in den Medien präsent sein, sondern gemeinsam mit den Vielen aktiv in gesellschaftliche Konflikte eingreifen und einen Wandel herbeiführen.

Dieser Ansatz scheint sich auszuzahlen: Rund 15.000 Neumitglieder konnte DIE LINKE in den vergangenen zwei Jahren gewinnen, vor allem junge Leute (viele mit sogenanntem Migrationshintergrund, viele in sozialen Berufen tätig), die sich gegen die AfD und den grassierenden Rassismus wehren und sich für alltagsnahe politische Themen engagieren wollen. Erfahrungen sozialer Ungerechtigkeit sind dabei zentral. Dadurch ist die Partei, die lange Zeit als überaltert galt, eine andere geworden.

Aber wie wird diese Entwicklung von ihren Neumitgliedern gesehen? Was hat diese dazu überhaupt bewogen, in die Partei einzutreten? Welche «Klassengeschichten» können sie erzählen? Was erwarten sie von der Partei und von ihrem eigenen Wirken in der Partei? Inwiefern greift die Partei aus Sicht von Neumitgliedern die richtigen Themen auf, verfolgt angemessene Taktiken und Strategien? Und wie können sich die Mitglieder die Partei besser zu eigen machen, inwiefern muss dafür das innere Parteileben anders organisiert, müssen Ressourcen anders verteilt werden? Die hier vorliegende empirische Stichprobe liefert diesbezüglich einige wichtige Anhaltspunkte.

Mario Candeias, Januar 2019

EINLEITUNG

Allein im Jahr 2017 hat DIE LINKE über 8.500 neue Mitglieder hinzugewonnen. Das ist erstaunlich. Denn damit wurde ein länger anhaltender Mitgliederschwund gestoppt. Erfreulich ist, dass fast zwei Drittel der Neumitglieder bei ihrem Eintritt jünger als 35 Jahre waren (DIE LINKE 2018). Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil diese Altersgruppe 2007 bei der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS zur LINKEN eher unterdurchschnittlich vertreten war. 70 Prozent der Mitglieder waren damals älter als 60 Jahre, nur 3,3 Prozent jünger als 30 (ebd.). Lange Zeit wurde in Parteikreisen über die (drohende) Überalterung der Partei geklagt.

Aber wer sind diese neuen Genoss*innen, wo kommen sie – sozial und politisch – her? Was hat sie dazu motiviert, in die Partei einzutreten, was hat sie politisiert, welche Themen brennen ihnen unter den Nägeln? Welche Gesellschaft wünschen sie sich, wie meinen sie, diese erreichen zu können? Und nicht zuletzt: Welche Erfahrungen haben sie mit der LINKEN bisher gemacht, wie bilanzieren sie ihre Mitgliedschaft? Was gefällt ihnen an der Partei, welche Kritik formulieren sie an ihr? Das sind die wichtigsten Fragestellungen, denen wir in der vorliegenden Studie nachgegangen sind. Zudem haben wir mit den in die Untersuchung einbezogenen Neumitgliedern darüber gesprochen, was sie ungerecht finden, wie sie sich eine bessere Welt vorstellen, worauf sie die wahrgenommenen Probleme zurückführen und wie sie denken, Veränderungen auf den Weg bringen zu können.

Die Untersuchung ist qualitativ-explorativ angelegt, ihre Befunde können also nicht repräsentativ sein. Was sie bietet, sind tiefere Einblicke in die Deutungsmuster von ausgewählten Neumitgliedern der LINKEN. Die Daten wurden mithilfe von leitfadengestützten problemzentrierten Interviews und einer moderierten Gruppendiskussion erhoben. Bei der Befragung wurden inhaltliche Schwerpunkte gesetzt, die aus der Sozialbewegungsforschung hergeleitet wurden. Dazu haben wir uns von einem modifizierten Framing-Ansatz inspirieren lassen. Bei diesem werden Deutungsangebote untersucht, die von Bewegungsakteuren genutzt werden, um Menschen zu mobilisieren (vgl. Kern 2008: 141 ff.). Mobilisierende Deutungsrahmen enthalten in der Regel Ungerechtigkeitsdiagnosen (Was ist ungerecht?), Ursachendiagnosen und Verantwortungszuschreibungen (Weshalb ist etwas ungerecht und worauf lässt es sich zurückführen?), Gesellschaftsdeutungen und Handlungsorientierungen (Lässt sich die Ungerechtigkeit beseitigen? Und wenn ja, wie? [vgl. Snow/Soule 2010: 15]). Diese von Bewegungsakteuren ausgearbeiteten Deutungsangebote müssen allerdings an das Alltagsbe-

wusstsein der Bevölkerung (bzw. von Belegschaften, Anwohner*innen etc.) anknüpfen, um wirklich mobilisierend wirken zu können. Einzelne Soziolog*innen haben den Framing-Ansatz daher modifiziert und auf die Untersuchung des Alltagsbewusstseins übertragen (Oliver/Johnston 2005: 189; Gamson 2002: 6). Betrachtet wird dann, welche Mobilisierungspotenziale (und -blockaden) sich in den Deutungsmustern finden, die sich im Alltagsbewusstsein der Menschen niederschlagen (Goes 2015: 48). Hier setzt auch die vorliegende Untersuchung an.

Zu Beginn geben wir einen Überblick zu unseren Interviewpartner*innen (Kapitel 1). Im Anschluss präsentieren wir dann die Ergebnisse der Auswertung unserer Befragungen. Wir beginnen mit den zentralen Ungerechtigkeitswahrnehmungen (Kapitel 2), gefolgt von Antworten auf die Fragen, wie die neuen Mitglieder ihren Weg in die Partei gefunden haben (Kapitel 3), welche Gesellschaftsdeutungen unter ihnen verbreitet sind (Kapitel 4), wie sie sich politische bzw. gesellschaftliche Veränderung vorstellen (Kapitel 5), gefolgt von Ausführungen dazu, wie sie die Partei DIE LINKE sehen bzw. welche Änderungen sie sich wünschen (Kapitel 6).

Dabei zitieren wir sowohl aus den Einzelinterviews als auch aus der Gruppendiskussion (GD), um Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Befragten herauszuarbeiten. Ein Nachteil dieser Vorgehensweise ist, dass so Deutungszusammenhänge ebenso wie die jeweiligen Besonderheiten der Befragten nicht wirklich sichtbar werden. Dies ist der Grund, warum wir dem Fazit vier biografische Skizzen (Kapitel 7) vorangestellt haben. Ausgewählt für diese Porträts haben wir Neumitglieder, die sich im Hinblick auf ihre soziale Lage und/oder politische Handlungsorientierung markant voneinander unterscheiden.

In der Regel beginnen die Darstellungen mit einer zusammenfassenden Interpretation der Befragungsergebnisse, danach lassen wir die an der Untersuchung Beteiligten ausführlich «selbst zu Wort kommen». Während die interpretativen Verdichtungen Typisches herausstellen, zeigt sich in den ausgewählten Interviewpassagen die Individualität und Eigensinnigkeit der Alltagsdeutungen der Befragten. Beide Zugriffe sind unseres Erachtens notwendig, um politisch-strategische Schlussfolgerungen für Parteientwicklungsprozesse ziehen zu können.

Eingefügt in den Text sind darüber hinaus Kästen mit theoretischen Überlegungen und Hintergrundinformationen zu zentralen Fragestellungen und Themenkomplexen dieser Studie, die als Ergänzung zu den Ergebnissen der Befragungen gelesen werden können.

1 ZU DEN BEFRAGTEN NEUMITGLIEDERN

Für diese Studie wurden zehn Neumitglieder in fünf Städten (Berlin, Hamburg, Kassel, Leipzig und München) interviewt, mit sieben weiteren wurde eine Gruppendiskussion (in Essen) geführt. Alle Befragten sind bis auf eine Ausnahme im Jahr 2017 in DIE LINKE eingetreten. Bis auf zwei Ausnahmen engagieren sich alle aktiv in der Partei. Bemerkenswert ist zudem, dass die Neumitglieder, die an der Untersuchung teilgenommen haben, fast ausschließlich aus Arbeitnehmermilieus stammen oder über Deklassierungserfahrungen (etwa als Migranten oder soziale Absteiger) verfügen. Ihren Lebensunterhalt bestreiten die Befragten, die zwischen 18 und 50 Jahre alt sind, auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Das Sample umfasst Menschen, die eine Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen,

Erwerbslose und jobbende Studenten, aber auch eine Krankenschwester und einen Wirtschaftsingenieur.

Wichtig für die Einordnung der Interviewaussagen ist außerdem, dass sich die Befragten hinsichtlich ihrer politischen Erfahrungen stark voneinander unterscheiden. Manche blicken auf ein langjähriges politisches Engagement zurück, andere haben erst vor Kurzem damit begonnen, sich stärker für Politik zu interessieren. Das Spektrum reicht von umfangreicher politischer Vorerfahrung, etwa im Rahmen von Gewerkschaftsarbeit oder in einer kleinstädtischen «linksalternativen Szene», bis hin zu spontaner und sehr schneller Politisierung im Zuge der aktuellen Rechtsentwicklung. Das politische Bewusstsein der Befragten ist daher ungleich entwickelt und auch ungleich kohärent.

Übersicht zu den Interviewpartner*innen

Pseudonym	Stadt	Alter	Beruf	Geschlecht	Herkunft	Bildungs- und Berufsweg	Parteiintritt
Einzelinterviews							
Farid	Kassel	24	Student	m	Afghanistan; seit 10 Jahren in Deutschland	Bildungsaufsteiger; Realschule; Berufsausbildung Post; danach Studium	2017
Max	Kassel	23	erwerbsunfähig	m	Arbeiterkind	Realschulabschluss	2017
Sascha	Kassel	25	jobbender Student	m	Arbeiterkind	Ausbildung/Studium	2017
Holger	München	32	Promotionsstudent	m	Arbeiterkind, Eltern arbeitslos	Ausbildung Telekom; gewerkschaftlich aktiv	2017
Markus	Essen	25	Lehramtsstudent, gibt Nachhilfe, Kasse bei Penny	m	Arbeiterkind, Mutter gelernte Friseurin, bezieht Hartz IV	Bildungsaufsteiger	2017
Katja	Berlin	28	Krankenschwester	w	Arbeiterklasse; Eltern arbeitslos, Vater ungelerner Schlosser	Studium, berufsbegleitend	2017
Marina	Berlin	42	Gewerkschaftssekretärin	w	ostdeutsches Kleinbürgertum	Studium	2017
Chris	Hamburg	27	Angestellter/ hochqualifiziert	m	Bildungsbürgertum	Wirtschaftsingenieur	2018
Ingo	Hamburg	30	arbeitslos	m	Arbeiterkind	Studium	2017
Dietrich	Leipzig	33	Künstler	m	Migrationshintergrund; prekäres Bildungsbürgertum	Studium	2018
Gruppendiskussion							
Jens	Essen	18	Student	m			2017
Tobias	Essen	18	Schüler	m			2017
Klaus	Essen	34	Sachbearbeiter	m			2017
Robert	Essen	40	Leiharbeiter	m			2017
Heidi	Essen	50	arbeitslos	w			2017
Julius	Essen	47	Speditionskaufmann	m			2017
Stefan	Essen	42	selbstständiger Musiker	m			2017

EXKURS 1

KLASSENPOSITION, KLASSENHERKUNFT UND INDIVIDUELLE KLASSENLAUFBAHN

Um das Denken, Fühlen und Handeln von Menschen zu verstehen, empfiehlt es sich, ihre Positionierung innerhalb der Klassenstruktur zu berücksichtigen. Hilfreich ist es, dabei zwischen vier Aspekten zu unterscheiden. Erstens ist die gegenwärtige individuelle Position innerhalb des Klassengefüges wichtig. Diese ist zweitens zu unterscheiden von der Klassenherkunft. Vermittelt über die Verfestigung von klassenspezifischen Denk- und Wahrnehmungsformen wirkt sie sich auch dann noch aus, wenn Einzelne aufgrund familiärer oder individueller Auf- oder Abstiegserfahrungen eine neue Klassenposition erreicht haben. Damit ist drittens die individuelle Klassenlaufbahn angesprochen (Bourdieu 1987: 188 f.), die viertens von kollektiven Klassenlaufbahnen unterschieden werden kann (ebd.: 192). Während die individuelle Klassenlaufbahn die persönlichen Bildungs- und Berufslaufbahnen und damit verbundene Auf- oder Abstiegserfahrungen bezeichnet, ist mit kollektiven Klassenlaufbahnen der Auf- oder Abstieg ganzer Bevölkerungsgruppen oder Milieus innerhalb der Klassenstruktur gemeint. Angelernte Arbeiter*innen etwa haben heute in einer Gesellschaft, in der Realschulabschlüsse und Abitur zu

gängigen Qualifikationsstandards geworden sind (wie in der Bundesrepublik), einen größeren Abstand zur «Zone der Normalität» als vor 40 Jahren, weil damals das allgemeine Qualifikationsniveau noch geringer war. Für die vorliegende Studie sind diese Zusammenhänge relevant, weil fast alle befragten Studierenden soziale Aufsteiger sind. Sie stammen aus verschiedenen Arbeitnehmermilieus und haben in ihrer Kindheit und Jugend teilweise erste Erfahrungen mit sozialer Benachteiligung gemacht.

Aufgrund der benutzten Auswertungsverfahren war eine tief greifende Rekonstruktion des jeweiligen Habitus (Vester u. a. 2001: 162) nicht möglich. Trotzdem lohnt es sich, den aus der Soziologie bekannten «Hysteresiseffekt» (Bourdieu 1987: 238 f.) zu berücksichtigen. Denk- und Wahrnehmungsformen werden durch die Klassenherkunft stark geprägt. Diese Prägungen wirken auch dann weiter, wenn eine neue Klassenposition errungen wird oder errungen wurde. Daraus lässt sich politisches Handeln bzw. lassen sich politische Bearbeitungsweisen nicht ableiten. Die Sensibilisierung für die individuelle Klassenlaufbahn und den «Hysteresiseffekt» vermag den Blick aber darauf zu richten, welche «Klassengeschichten» die Befragten prägen. Im Ansatz sichtbar werden kann dies in den vorgestellten Befunden allerdings lediglich in den ausgewählten individuellen Porträts.

2 WAS DIE NEUEN BEWEGT: ZENTRALE THEMEN, MOTIVATIONEN UND UNGERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNGEN

Motiviert werden die von uns befragten Neumitglieder von einem Akkord aus Wahrnehmungen von Ungerechtigkeit bzw. gesellschaftlichen Problemen. Dabei handelt es sich um einen typischen Gleichklang, in dem insbesondere die soziale Frage in ihrem ganzen Facettenreichtum und die Rechtsentwicklung in Deutschland eine wichtige Rolle spielen. Gemeinsam ist den Befragten darüber hinaus die Sorge um Krieg und Frieden. Ergänzt werden diese Akkordgrundtöne durch eine Kritik an der vorherrschenden Bildungsungerechtigkeit und ökologische Anliegen.

FACETTEN SOZIALER UNGERECHTIGKEIT

Die Nennung der sozialen Frage bzw. des Bedürfnisses, etwas gegen soziale Ungerechtigkeiten unternehmen zu wollen, als wichtige Motive für den Parteieintritt geht in der Regel einher mit Ausführungen zu den negativen Folgen der gegenwärtigen Sozialpolitik: zum Beispiel Altersarmut infolge einer falschen Rentenpolitik, die fehlende Leistungsgerechtigkeit des Hartz-IV-Systems oder die vielfältigen Prekarisierungsprozesse als Ergebnis der erfolgten Arbeitsmarktderegulierung. Durchgängig gilt das auch für die Jüngeren unter den Befragten, wobei die in die Untersuchung einbezogenen Neumitglieder nur zu einem kleinen Teil angeben, unmittelbar selbst betroffen zu sein. Häufiger wird auf Erfahrungen aus dem Familienkreis bzw. aus dem unmittelbaren sozialen Umfeld verwiesen. Danach gefragt, ob es Ereignisse oder Entwicklungen gab, die ihn zum Eintritt in DIE LINKE in besonderem Maße motiviert haben, antwortet der 23 Jahre alte Max, der zurzeit eine Erwerbsunfähigkeitsrente bezieht:

Bei mir soziale Ungerechtigkeit, was sich gewandelt hat. Beziehungsweise was man vielleicht auch im Erwachsenenwerden einfach immer mehr gemerkt hat, dass es, wenn man nicht irgendwo fest drinsteht, extrem schwierig ist, gut klarzukommen. Weil ich halt ganz unten in der untersten Schicht bin und es da sehr viel soziale Ungerechtigkeit gibt. Also, ich musste erst beim Arbeitsamt klarkommen. Das ist einfach teuflisch ungerecht, anstrengend. Und jetzt zum Glück beim Sozialamt. Es ist wenig Geld, mit dem man da versuchen muss klarzukommen [...] Das alles zu handeln, ist total schwer. Bei der Wohnungssuche, kaum hast du da irgendwie ein bisschen Probleme, keine Ahnung, wie mal Schulden gehabt oder sonst irgendwas oder keinen festen Beruf. Du musst nur beim Amt sein oder krank sein oder so, schon hast du extreme Probleme, eine Wohnung zu finden. Also, für die untere Schicht ist das nicht leicht, ein vernünftiges, ein gutes Leben zu führen, für deutsche Verhältnisse jetzt. (I2, S. 10)

Auch für den 32-jährigen Holger (Promotionsstudent), der auf DIE LINKE unter anderem in der Antirassistus-Arbeit aufmerksam wurde und für den Politik gegen rechts bzw. die AfD eine große Bedeutung hat (I4,

S. 11), war fehlende soziale Gerechtigkeit eine zentrale Motivation für seinen Parteieintritt:

Ja, die soziale Gerechtigkeit ist schon, würde ich sagen, das Thema, das mir eigentlich insgesamt am wichtigsten ist. Weil ich glaube, dass das eben zielführend ist, um mehr oder weniger alles dann zu lösen, weil damit auch diese ganze Unterdrückungsgeschichte einhergeht und dann niemand mehr unterdrückt wird beziehungsweise mehr anerkannt wird. [...] Damit meine ich eben das soziale Miteinander. Dann löst sich, glaube ich, vieles gleichzeitig mit. Also, wenn man einfach erkennt, dass das Miteinander wichtiger ist als ein Gegeneinander, dann wird sich automatisch auch das Interesse an Krieg verringern. Und dann würde auch automatisch die Verteidigungsfrage besser gelöst sein, weil man einfach wüsste, man hat Interesse daran, dass es allen gut geht. Dieses Einzelkämpfer- und Leistungsprinzipdenken würde ein bisschen zurückgedrängt, weil man einfach sagen würde: Wie will man das bewerten, wer jetzt mehr Leistung und wer weniger bringt? Jeder halt entsprechend den Talenten und Fähigkeiten, mit denen er geboren ist. Und auch wenn er nicht möchte oder nicht kann, dann heißt es nicht, dass er es nicht verdient hat, irgendwie Teil der Gesellschaft zu sein. (I4, S. 8)

Mehr Gerechtigkeit wünscht sich auch Chris, 26, seit Kurzem für die Geschäftsentwicklung bei einer großen internationalen Reederei in Hamburg tätig und der einzige unserer Befragten, der keinerlei Deklassierungserfahrungen selbst oder im nahen Umfeld erlebt hat. Sein Motiv für den Parteieintritt war der Wunsch nach einer «gerechteren Welt».

Da ich es schlimm finde, wie ungerecht es auf der Welt mittlerweile zugeht und dass es eher schlimmer als besser wird. Wenn man sich anguckt, vor fünf Jahren war gefühlt das größte Problem, was man in Deutschland hatte, der Flughafen Berlin-Brandenburg. Und jetzt schaut man auf einmal auf ganz andere Probleme, und da finde ich, ist linke Politik die Politik, mit der die Probleme am besten gelöst werden können, nämlich durch ein solidarisches Konzept. Indem auch die Schwächsten mitgenommen werden und abgeholt werden [...], und das war mein Beweggrund, dann auch in die Partei einzutreten. (I8, S. 2)

Sehr differenziert wird die Frage nach der zentralen Motivation, sich parteipolitisch zu engagieren, von Katja, 28, beantwortet, die in Berlin als Krankenschwester arbeitet. Für Katja ist der Wunsch nach Gerechtigkeit der Motor für ihr Handeln, wobei sie diesen nicht auf einzelne Gruppen reduzieren will, sondern einen umfassenden Gerechtigkeitsanspruch vertritt.

Also, für mich ist ganz, ganz wichtig dieses Thema Gleichberechtigung, aber jetzt nicht nur als Frau oder als Mann oder keine Ahnung was. Sondern wirklich Gleichberechtigung von allen Menschen, also egal, ob sie jetzt Geflüchtete sind oder die alten Arbeiterfamilien, die damals aus der Türkei hierhergekommen sind und die immer noch hier nicht wirklich akzeptiert werden, was ich nicht verstehe.

[...] Also, gerade dieses Thema Rassismus, das stößt mir ganz übel auf. Und da werde ich auch echt ziemlich ekelhaft, was das betrifft. (I6, S. 11)

Auch in der Gruppendiskussion, an der sowohl unter 35-Jährige als auch etwas ältere Neumitglieder teilgenommen haben, wird das Anliegen, soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, als ein zentraler Grund für den Eintritt in DIE LINKE angegeben. Gerade die Älteren verbinden ihre Kritik mit dem Wunsch, den alten westdeutschen Sozialstaat wiederherzustellen, eine Forderung, die sich so bei den Jüngeren nicht mehr findet. So sagt etwa der 42-jährige Frank: «Also, zu der Frage, was danach kommen soll, das ist für mich eigentlich klar. Ich würde den Sozialstaat wiederherstellen, wie der damals in den 1980ern war. Das ist für mich keine Frage.» (GD, S. 18–19) Hier kommen freilich unterschiedliche Erfahrungshintergründe zur Geltung: bei den Jüngeren lediglich die über Familie, Schule und Medien vermittelten Bilder des alten fordistischen Sozialstaates bzw. Klassenkompromisses. Dies führt unserer Einschätzung nach aber nicht zwingend zu grundsätzlichen politischen Meinungsverschiedenheiten. So zeigen sich die jüngeren Neumitglieder grundsätzlich nicht radikaler. So sind auch unter ihnen reformpolitische Veränderungsvorstellungen, die auf einen Ausbau des Sozialstaates hinauslaufen, weit verbreitet (vgl. hierzu auch Kapitel 6). Allerdings orientieren sich ihre Vorstellungen nicht mehr an der Vergangenheit, zuweilen sind sie mit dem Wunsch verbunden, «neue Konzepte» (wie z. B. das einer Grundsi cherung) zu entwickeln.

Für den 34-jährigen Klaus etwa ist soziale Ungerechtigkeit, ähnlich wie bei Max, aufgrund von unmittelbaren Erfahrungen zur brennenden Frage bzw. zum drängenden Problem geworden:

Also, bei mir waren es eigentlich zwei Gründe. Das Erste ist die Lage meiner Mutter. Die kommt jetzt bald in Rente, ist in der Altenpflege seit fast 40 Jahren. [...] Sie hat keinen deutschen Pass, kann also nicht wählen. [...] Das Zweite ist meine eigene Situation. [...] Mir ging es lange Zeit gut. Ich habe auch despektierlich, muss ich sagen, über manche Sachen geredet. Jeder kommt da raus und so weiter. Bis ich halt selbst da unten gelandet bin. Also, ich hatte dann auch einen Burnout. [...] Der Sozialstaat, den ich da kennengelernt habe, war einfach gnadenlos, eiskalt. Der hat dich nicht unterstützt. Da war keine Solidarität, was immer versprochen wird. [...] Die einzigen, bei denen ich dann gesehen habe, okay, die tun wirklich was mit Angeboten wie Rechtsanwält, Erwerbslosenfrühstück usw., das war DIE LINKE. Da dachte ich: Hey, die setzen sich wirklich ein. Das ist jetzt nicht nur eine Veranstaltung einmal pro Monat, sondern kontinuierlich. Die sind für die Schwachen da. Und da ist dann halt diese Solidarität. Da habe ich begonnen, mein Welt- und Menschenbild zu reflektieren. Das hat sich damals geändert. (GD, S. 31)

Auch die Berliner Gewerkschaftssekretärin Marina (42 Jahre) übt Kritik an zunehmender sozialer Ungerechtigkeit («Deregulierung» und «Prekarisierung» in der Arbeitswelt). Ursächlich für ihren Eintritt in DIE LINKE

ist nach ihrer eigenen Auskunft die immer größer werdende Ohnmacht der Gewerkschaften gegenüber diesen «aktiv» von der Politik herbeigeführten Entwicklungen. Ihrer Meinung nach ist es notwendig, nicht nur «betrieblich», sondern auch politisch gegenzusteuern (I7, S. 23). Die Kritik an sozialer Ungerechtigkeit wurzelt bei vielen Älteren, die an der Gruppendiskussion teilgenommen haben, aber auch bei den jungen Neumitgliedern in Erfahrungen mit sozialer Ungerechtigkeit – mit eigenen oder mit solchen im unmittelbaren Umfeld. Bei Markus ist es die Mutter, die Hartz IV bezieht, bei Holger ist es die Unzufriedenheit mit dem Arbeiterdasein in der Ausbildung. Max leidet unter seiner Erwerbsunfähigkeit und der damit verbundenen Armut und berichtet über Probleme mit den Sozialbehörden, Katja hat lange selbst prekär gearbeitet. Farid hat unter anderem in der Ausbildung Ausgrenzungserfahrungen als Migrant gemacht, Ingo ist zurzeit erwerbslos. Sascha berichtet über Anerkennungsprobleme aufgrund seiner Ausbildung und über soziale Abstiegserfahrungen und Klaus hatte einen Burnout, in dessen Folge er negative Erfahrungen mit dem existierenden Sozialstaat machte.

RECHTSENTWICKLUNG

Ein wichtiger Anlass für den Eintritt in DIE LINKE war zudem für das Gros der Neumitglieder der politische Rechtsruck bzw. der wahrgenommene Rassismus. Die Absicht, Widerstand gegen rechts bzw. Fremdenfeindlichkeit zu leisten, ist insofern das zweite von einem großen Teil der Interviewten geteilte Handlungsmotiv (was in Kapitel 7 in den ausgewählten biografischen Porträts besonders deutlich wird). Dies gilt ausnahmslos für alle Neumitglieder, die jünger als 35 Jahre sind, bei den älteren Parteimitgliedern ist es als Beweggrund weniger zentral. Wir zitieren im Folgenden exemplarisch Chris, 25 Jahre alt, aus Hamburg:

Ein weiterer Grund war die Flüchtlingskrise, die einen aufgerüttelt hat. Gerade, wenn man wie ich aus einem kleinen Dorf kommt, das auch Flüchtlinge aufgenommen hat. Und man bekommt mit, was im Dorf darüber gesagt wird. Da denkt man, dass es nicht wahr sein kann, wenn im Jahr 2018 in Deutschland so darüber gesprochen wird, solche Wörter in den Mund genommen werden. Da habe ich gemerkt, dass DIE LINKE entscheidend dagegen ist und entscheidend was machen kann. (I8, S. 3)

Der 25-jährigen Sascha, der nach einer Ausbildung zum Steinmetz das Abitur nachgeholt und ein Studium der Philosophie begonnen hat, das er durch zwei zeitintensive Jobs finanziert, war vor seinem Eintritt in DIE LINKE mehrere Jahre in der SPD aktiv. Die Frage, warum er zur LINKEN gewechselt ist, beantwortet er mit einem Hinweis auf die migrationspolitischen Positionen der Partei und der Rechtsentwicklung von Bekannten:

Wahrscheinlich war bei mir wie bei vielen anderen die Flüchtlingsproblematik ausschlaggebend, [...] dass Menschen, die nicht unserem Kulturkreis entstammen, hierher geflohen sind, weil in ihren Ländern Krieg herrscht. Viele

meiner ehemaligen Bekannten und Freunde haben sich rechten Strömungen angeschlossen, also explizit der AfD. Ich habe dann gefragt, wieso schließt ihr euch denn diesen Leuten an? Die wollen am liebsten doch auch euch abschieben. [...] Die Frage war: Was geben die euch, was euch andere Parteien nicht geben können? Und dann war es halt immer so: Ja, die schieben nur die anderen ab, aber der Kontext hat immer gefehlt. Und ich habe mir dann gedacht, da muss doch dahinter noch was anderes sein. Und da habe ich erkannt, die Linkspartei steht für alle Menschen und nicht nur für den persönlichen Kulturkreis. Und es gibt ja auch Strömungen in der Partei, die sagen, wir lösen alle Länder auf und werden eine große Gemeinschaft. Und das hat mich überzeugt. Natürlich leben wir jetzt schon in der Europäischen Union und wollen wenigstens zum Teil nationalstaatliche Strukturen auflösen in ein größeres Gebilde. Und wenn das durch linke Initiativen passiert, dann bin ich dabei. [...] Und immer wieder hört man, wie toll Angela Merkel ist und wie human ihr Tun war. Aber sie hat gleichzeitig in Griechenland die sozialen Missstände verschärft. Und die Linkspartei hat gesagt: Es geht nicht nur darum, hier Flüchtlinge reinzulassen, sondern wir müssen Europa auch stabilisieren und nicht noch andere Länder schröpfen. Das war und ist für mich immer noch überzeugend. Das ist richtig so. (I3, S. 19–20).

Fremdenfeindlichkeit hält Sascha, der soziale Ungerechtigkeit als eines der zentralen Motive für seinen Parteibeitritt nennt, denn auch für eines der größten gesellschaftlichen Probleme in Deutschland:

Fremdenfeindlichkeit. Dass man bis heute Menschen anderer Hautfarbe mit Skepsis begegnet. Und in den ostdeutschen Ländern ist das ja sogar noch mal härter. Dort verlieren ganze Unternehmen Jobs oder sogar schon angestrebte Jobs, weil Menschen anderer Hautfarbe nicht mehr dort leben möchten. Ich glaube, es gab mal eine Studie von 2008, die das belegt hat, dass 60 Prozent osteuropäischer, international agierender Unternehmen [...] Stellen nicht besetzen konnten, weil die hierfür vorgesehenen Leute aus anderen kulturellen Regionen kamen, mit anderen Namen, mit anderer Hautfarbe, und dann vor Jobantritt wieder abgesagt haben. Sie sagten, sie gehen da nicht hin, weil sie sich belästigt und bedroht fühlten. Und das verstehe ich bis heute nicht, wieso das in Deutschland noch so ein großes Problem ist. (I3, S. 42)

Auch bei Farid, 24, der selbst als Flüchtlingskind nach Deutschland gekommen ist, spielte die «Flüchtlingswelle», wie er es nennt, eine sehr wichtige Rolle. Sie war maßgeblich dafür, dass er sich für ein politisches Engagement in der LINKEN entschieden hat (I1, S. 14) – wenngleich für ihn die ablehnende Haltung der Partei gegenüber der NATO (vgl. das Thema Krieg und Frieden weiter unten) am Ende wohl ausschlaggebend war. Im Folgenden beklagt er die zunehmende Polarisierung der deutschen Gesellschaft:

Es war auf einmal so, dass es eine Spaltung gab, und das in mehrfacher Hinsicht. [...] Wir haben «Hart aber fair», wir haben Maischberger, wir haben Illner, Anne Will und so, alles Sendungen im Fernsehen, wo die ganze Zeit über Flüchtlinge diskutiert wird. [...] Das hat sich dann halt auf

die allgemeine Gesellschaft ausgewirkt. Das ist zumindest meine subjektive Wahrnehmung, dass die Gesellschaft seitdem nach rechts gerückt ist. Also seit 2015.

Interviewer: Und wie hat dich das bewegt, nach links zu rücken?

Ich bin ja direkt davon betroffen. Ich hatte ja Sympathie mit den Flüchtlingen, weil ich selbst einer bin. Und [...] ich habe gesehen, dass DIE LINKE eigentlich die einzige Partei ist, die – wenn alle anderen über Flüchtlinge reden – über Rentenpolitik redet. Also, das war ein wichtiger Punkt für mich. Dass, wenn alle anderen über Flüchtlinge und junge Männer und so was diskutieren, die LINKEN über ganz andere Sachen diskutieren. (I1, S. 17)

KRIEG UND FRIEDEN

Ein weiteres zentrales Motiv, das zur Annäherung an DIE LINKE bewegte, war bei etwas weniger als der Hälfte der Interviewten die Ablehnung von Kriegen/ Kriegseinsätzen sowie der NATO bzw. ihr Interesse an Friedenspolitik (I1, I2, I4, I5, I8). Exemplarisch heißt es bei Holger etwa:

Also wichtig ist mir auf jeden Fall dieses Antikriegsthema [...] Ich glaube, dass es einen Zwischenschritt geben muss, dass manche Bewaffnungen und manche Schutzgeschichten schon noch nötig sind. Das letztendliche Ziel sollte aber sein, sich vom ganzen Krieg etc. loszusagen. Und mir gefällt deswegen auch diese, ja, ich würde mal sagen, diese Nähe zu dem ganzen sozialistischen und kommunistischen Gedankengut, dass man auf eine Welt abzielt, in der es keine Unterdrückung mehr durch irgendwelche autoritären Systeme gibt. (I4, S. 7)

Neben den dominanten Themen soziale Ungerechtigkeit, Rechtsruck und Krieg sprachen die Befragten in den Einzelinterviews noch weitere Problembereiche an wie etwa die ökologische Krise (I5) oder das Thema Bildung. Letzteres tauchte in den Interviews in zwei Varianten auf: Zum einen hob die Mehrheit der Interviewten ihre besondere Wertschätzung für die eigene Bildungserfahrung hervor, zum anderen als Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit oder eine bessere Gestaltung von Bildungsprozessen (I3, I5, I6). Verbunden wird dies etwa bei Sascha mit dem Plädoyer, das Thema Bildung müsse für DIE LINKE eine noch größere Bedeutung als bisher bekommen, um sozialen Aufstieg zu ermöglichen, und als Mittel gegen den Aufstieg der AfD:

Bildung für alle. Das ist zum Beispiel auch meine Überzeugung, dass, wenn die Linkspartei langfristig die Jugend von sich überzeugen möchte, dann muss sie Bildungsthemen angehen und muss Bildungsthemen als ihr oberstes Ziel ansetzen. Was hier in Kassel ja auch passiert. Bildungsstreiks oder so was. Hanna, die hier die inoffizielle Vorsitzende der Linksjugend [Solid] ist und letztes auf dem Parteitag war, hat auch Bildung in ihrer Rede als oberstes Ziel ausgegeben. Und das ist auch für mich einfach die richtige Herangehensweise, um junge Menschen, die vielleicht nicht auf dem richtigen Weg sind, von sich zu überzeugen.

Interviewer: Inwiefern?

Dass man Leuten so wie mir, die Probleme hatten in der

Schule – oder halt auch Sigmar Gabriel [...] oder Gerhard Schröder, Leute, denen man es nicht zugetraut hat, aus sich etwas zu machen, weil die Eltern kaum Geld hatten und selbst nicht auf das Gymnasium gegangen sind, Möglichkeiten gibt. Hier in Deutschland herrscht keine Chancengleichheit. Menschen, die aus bildungsfernen Elternhäusern kommen, also so wie ich, die haben keine oder selten die Chance, Abitur zu machen. Und solche Leute sollte die Linkspartei abholen. Das hat früher die SPD gemacht, durch Willy Brandt. Damals hat man wenigstens versucht, Menschen, die nichts hatten, Arbeiterkinder, zum Abitur zu bringen. Und erstaunlicherweise sind genau diese Leute jahrelang die charismatischsten und begabtesten Politiker der SPD gewesen. Die waren ja sogar Bundeskanzler. Und solche Leute sollte die Linkspartei abholen. Wenn es die SPD nicht macht, dann muss es die Linkspartei machen, sonst wird es eine andere Partei machen, die auf der anderen Seite ist. Das sieht man ja an den Herren in den Ost-AfD-Vereinen. Dass die das ja immer weiter ins Natio-

nalsoziale drängen und das Neoliberale aufgeben möchten. Und das heißt auch, Bildung für alle, Bildung für Arbeiterkinder. (I3, S. 14–15)

Markus, angehender Lehrer aus Essen, macht sich ebenfalls viele Gedanken zum Zustand des gegenwärtigen Bildungswesens und den gesellschaftlichen Folgen:

Dieses Schulsystem ist absolut nicht dafür geeignet ist, die Menschen bzw. die Kinder auf das vorzubereiten, was die Welt in Zukunft verlangt. Erstens mal das, und zweitens finde ich dieses Schulsystem an sich, dieses Benotungssystem – ich weiß, ich bin da irgendwann drin und muss es genauso machen – fördert halt einfach auch nur wieder diese Haltung: Ellenbogen raus, halt jeder für sich. Man bringt den Menschen bei, nur für eine Belohnung zu arbeiten und später dann nur für Geld. Ich merke das auch, wenn ich Nachhilfe gebe. Je älter die Kids werden, desto weniger können die mal kreativ was aufschreiben. Das wird denen regelrecht «ausgetrieben». Und das ist schade, finde ich. (I5, S. 11)

3 WEGE IN DIE PARTEI

Ihren Weg in die Partei haben die Neumitglieder in der Regel aufgrund von vielschichtigen Politisierungsprozessen gefunden, nur zwei Befragte beschreiben sich als zuvor unpolitische Menschen (I5 und I8), die sich in kürzester Zeit nach links entwickelt haben. Zum Teil haben sich die Neumitglieder vor dem Eintritt mit anderen Parteien auseinandergesetzt, die sie aber nicht überzeugten (I1, I2, I4). Zum Teil waren sie sogar Mitglied dieser Parteien und sind aus ihnen wieder ausgetreten (I3, einige der GD-Teilnehmer*innen). Prominente Vertreter*innen der Partei wirkten in diesem Zusammenhang als Anreiz, aber in nur zwei Fällen waren sie ausschlaggebend für eine Annäherung an DIE LINKE (I8, I9).

AUF DER SUCHE – KONKURRENZPARTEIEN

Klaus, der als Sachbearbeiter beim Zoll tätig ist, fand seinen Weg in die Partei im Zuge des Bundestagswahlkampfes, allerdings setzte er sich ebenfalls noch mit Bündnis 90/Die Grünen auseinander:

Wie bin ich hierhingekommen? Ich war bei einem Vortrag von Bernd Riexinger. Der hat mich überzeugt. Ich habe gesagt: Okay, ich will mich jetzt irgendwie wieder politisch engagieren im linken Spektrum. Habe mir erstmal gedacht: Okay, Die Grünen oder DIE LINKE. Ich habe den Vortrag vom Bernd gehört und habe gesagt: Okay, das ist es. Bin direkt dann hier auch aufgeschlagen am nächsten Tag, glaube ich, und habe dann den Wahlkampf unterstützt. (GD, S. 1–2)

Auch Max berichtet im Interview von einer anfänglichen politischen Orientierung an Bündnis 90/Die Grünen, von denen er sich allerdings im Laufe der Zeit abgewandt habe. Grund dafür sei deren soziale Zusammensetzung. Während des letzten Bundestagswahlkampfes setzte er sich schließlich intensiver mit der LINKEN auseinander. Insbesondere die «Partei vor Ort», die Menschen an den Infoständen, die öffentlichen Veranstaltungen und die dort erlebten Diskussionen wirkten auf ihn anziehend und letztlich auch überzeugend:

Damals in der Schulzeit waren es eher Die Grünen. Und dann habe ich aber immer mehr gemerkt: Okay, Die Grünen sind jetzt nicht unbedingt meine Partei, weil sie unter ihrer grünen Fassade doch eher eine Partei für die Mittelschicht und Oberschicht sind und nicht unbedingt die Inhalte vertreten, für die ich stehe, die ich gut finde und wofür ich kämpfen möchte. Und dann stand ich halt letztes Jahr vor der Bundestagswahl. Hier habe ich geschwankt zwischen den Grünen und der LINKEN und habe gedacht: Okay, jetzt habe ich Zeit und Ruhe und gucke mir mal die Parteien ein bisschen näher an. War dann zur Wahlkampfzeit unterwegs in der Stadt und hatte gerade Zeit. Und da war Torsten mit einem Genossen hier aus Kassel aus der LINKEN an einem Stand. Habe mich eine ganze Weile mit dem unterhalten über dieses und jenes [...], hauptsächlich

über rechtes Gedankengut innerhalb der subkulturellen Szene. Und die haben mir dann gesagt, dass Abends im Philipp-Scheidemann-Haus ein Vortrag ist von Sabine Leidig über den Dieselgate. Hatte halt Zeit, bin dann abends dorthin und habe mir diesen sehr, sehr guten Vortrag angehört. Und es war so der Punkt, wo ich gemerkt habe: Okay, DIE LINKE ist auf der einen Seite wesentlich grüner als Die Grünen. Sie ist sozialer als die SPD und antikapitalistisch. Und es sind total nette Leute dort, interessierte Menschen, offene Menschen. War gleich alles sehr sympathisch. Habe mich gleich sehr wohlfühlt. Vor allem der Vortrag hat mich sehr überzeugt. Und danach habe ich mich auch nicht mehr viel mit den Grünen auseinandergesetzt. [...] Das war für mich der Punkt, an dem ich gesagt habe: Okay, ich wähle bei den Bundestagswahlen diesmal DIE LINKE. [...] Und dann bin ich erstmal zur Linksjugend Solid und war da ein, zwei Wochen, habe mir das dort angeschaut. Habe mich auch dort sehr wohlfühlt, fand das alles sehr gut und bin dann Anfang des Jahres in die Partei eingetreten. (I2, S. 1–2)

Auch Farid hegte zunächst Sympathien für die Grünen, insbesondere aufgrund ihrer Aura als Friedenspartei. Er entschied sich dann aber aufgrund ihres sozialen Profils und der von ihm wahrgenommenen konservativen Orientierung ihrer Anhänger*innen am Ende doch für DIE LINKE:

Ich habe mich auch informiert über andere Parteien, zum Beispiel Die Grünen. Und Die Grünen wären für mich also keine wirklich linke emanzipatorische Partei, denn die haben ja eine ganz andere Wählerschaft als früher. Deswegen bleibt mir eigentlich nur noch DIE LINKE.

Interviewer: Was meinst du mit «andere Wählerschaft»? Also, ich komme ja aus München. Und ich habe da mal Pakete zugestellt in Bezirken wie Schwabing. Da in der Ecke sind ja sehr viele Grün-Wähler. [...] Und die sind alle eigentlich an sich konservativ. Vielleicht an einigen gesellschaftlichen Punkten nicht. Aber meistens sind sie ja sehr konservativ. Also, jetzt halt nicht wie die CSU, aber an sich konservativ. (I1, S. 3)

Der 32-jährige Holger, zum Zeitpunkt des Interviews Promotionsstudent, spielte bereits seit längerer Zeit mit dem Gedanken, politisch aktiv zu werden. Während seiner Ausbildung bei der Post AG hatte er damit begonnen, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Schließlich begann er, sich intensiver mit der SPD und mit den Grünen auseinanderzusetzen:

Also, das war so, dass ich schon länger den Gedanken hatte, dass man sich auch politisch engagieren müsste. Und da ich ja auch schon lange in der Gewerkschaft und dort ehrenamtlich aktiv bin, [...] war halt irgendwann der logische Schritt, dass ich mich eben auch in einer Partei engagieren müsste. Und da war lang bei mir die Frage, welche Partei [...] Als Option kamen nur die SPD, Die Grünen und DIE LINKE infrage. Spätestens bei der letzten Bundestagswahl haben sich die ersten beiden dann sozusagen ins Aus gekickt. [...] DIE LINKE ist für mich die Partei, mit der ich die meisten Gemeinsamkeiten habe und wo auch die wenigsten

ten Punkte sind, wo ich sage, mit denen kann ich gar nicht. [...] Bei den Grünen ist es so, dass mir die eigentlich immer eher sympathisch waren. Aber ich finde, auch die haben sich jetzt irgendwie ein bisschen zu sehr einlullen lassen. Vielleicht könnte man auch sagen, dass die imperialistische geworden sind. Wie auch immer: Sie sind jetzt eine sehr grüne FDP, um es mal krass zu sagen. [...] Dieser revolutionäre Geist, der am Anfang da war, hat sich inzwischen verabschiedet aus der Partei. (I4, S. 2–3)

Eher überraschend ist, dass auch der hochqualifizierte Angestellte Chris, für den die Solidarität mit Geflüchteten ein zentrales Thema ist, Die Grünen nicht als Alternative betrachtet:

Bei den Grünen hatte ich immer das Problem, gerade aus der Branche, aus der ich komme, habe bei vielen Sachen gespürt, dass es zu extrem in die eine Richtung geht. Es gab so viele Kleinigkeiten, Wirtschaftspolitik gehört dazu. Ich habe mich nicht aufgehoben gefühlt. Anders als bei den LINKEN, wo ich die Sachen im Programm sofort unter schreiben konnte. (I8, S. 5)

Die Äußerungen von Holger und Chris verweisen noch auf ein weiteres Motiv für den Eintritt in DIE LINKE: Die Partei wird nicht nur als Kraft wahrgenommen, die richtige Positionen vertritt, sondern sie gilt auch als konsequent und prinzipienfest. Sie verfüge über eine Ideologie, wie es später im Interview mit Chris heißt, und sei nicht bereit, allein aufgrund von wahlpolitischen Opportunitäten von dieser abzuweichen.

ERLEBBARE PARTEI

DIE LINKE überzeugt ebenfalls durch eine rege Beteiligung ihrer Mitglieder an politischen Mobilisierungen und Aktionen. Chris ist dieses besondere außerparlamentarische Engagement auf von ihm besuchten Veranstaltungen und Demonstrationen etwa gegen Rassismus und zum Zwecke der Aufklärung über den NSU-Komplex aufgefallen.

Also, ich denke, dass DIE LINKE mal wieder gezeigt hat, dass sie bei bestimmten Forderungen konsequent bleibt, eigentlich bei den meisten, finde ich. Und das finde ich einfach wichtig, dass eine Partei eine Ideologie oder Gesinnung hat und der dann auch treu bleibt. Denn nur dann ergibt Pluralismus Sinn. Wenn jede Partei sich immer so verändert, dass sie gerade wieder zum aktuellen Geschehen passt, dann brauche ich keine Parteien. Also, dann ist es einfach ein Zusammenschluss von Menschen, die sich danach richten, was gerade die meisten Stimmen bringt. Wenn man aber sagt, mir ist jetzt egal, dass wir nicht die Mehrheit bekommen, [...] aber wir treten strikt für bestimmte Sachen ein und nehmen keine Parteipenden von irgendwelchen Konzernen an, dann zeigt mir das einfach, dass da eine Ideologie dahintersteckt, hinter der die Leute auch wiederum stehen und die nicht einfach so dahingesagt wurde. Und das sind so eigentlich hauptsächlich die Punkte, warum ich da mitgehe. Wichtig ist mir auch, dass DIE LINKE bei bestimmten Aktionen dabei war, zu denen auch die Gewerkschaften aufgerufen haben und zu denen ich selbst hingegangen bin. [...] DIE LINKE hat sich mit Aktionen solidarisiert, die ich auch wichtig fand. (I4, S. 5)

Aktive Basisarbeit überzeugte schließlich auch Katja. Trotz jahrelanger Sympathien mit der LINKEN trat sie erst ein, als sie mit «Gesichtern vor Ort» im Rahmen ihres Engagements im Berliner Bündnis «Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser» in Kontakt kam. Beeindruckt hat sie vor allem die Präsenz der LINKEN auf der Straße.

Und dann war ich halt das eine Mal bei einem berlinweiten Bündnistreffen. Und da habe ich dann ein paar von der LINKEN Neukölln kennengelernt. Und die haben gesagt, sie engagieren sich ziemlich dafür. Und die hatten auch schon vor der Gründung des Bündnisses einiges zu dem Thema gemacht. [...] Und sie haben mich gefragt, ob ich am nächsten Tag mal vorbeikommen kann, weil sie da am Rathaus Neukölln Unterschriften gesammelt haben. Und dann hatten wir da einen ganz lustigen Tag. Schweinekalt war es. [...] Und danach waren wir noch Kaffee trinken und ich habe mich mit denen unterhalten. Und dann haben sie mich zum nächsten BO-Treffen [BO = Basisorganisation] eingeladen. Und das war es dann eigentlich. Seitdem bin ich dort hingengeblieben. (I6, S. 10)

VERSTÄRKER: PROMINENTE GESICHTER DER PARTEI

Prominente Vertreter*innen der LINKEN prägen maßgeblich das öffentliche Bild der Partei. Ob diese als Sender bzw. Verstärker positiver «Signale» von den Neumitgliedern wahrgenommen wurden, variiert in unserem Sample. Ein Teil der Befragten (Heidi, Chris und Ingo) betrachtet etwa Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht als wichtige Gesichter in der Öffentlichkeit, die für sie Souveränität und Argumentationskraft repräsentieren (GD, I8, I9). So beeindruckt Heidi die Fähigkeit von Sahra Wagenknecht, «immer alles ohne Fremdworte, ohne um den Brei herumzuquatschen», zu erklären und »auf den Punkt« zu bringen (GD, S. 33). Der Logistikexperte Chris wie der arbeitssuchende Ingo sprechen mit Bewunderung von Gregor Gysi, der «einen erheblichen Teil» zu ihrem Parteieintritt beigetragen habe (I9, S. 3). Sascha betont zwar auch die Wirkung bekannter Parteipolitiker*innen, vor allem ihre Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit, behauptet aber, sie hätten ihn nicht zum Parteibeitritt veranlasst:

Natürlich gibt es Personen, die ich sehr oft sehe, wie Gysi, Wagenknecht, aber das waren keine Menschen, die mich davon überzeugt hätten, in die Linkspartei einzutreten. Die sagen interessante Dinge, die aber oft nicht meinen Überzeugungen entsprechen. Nun ja, die sind halt da. Aber dass eine prominente Figur den Ausschlag gegeben hätte? Auf keinen Fall. Es gab natürlich verschiedene Leute wie Tanja oder auch andere in der Linksjugend, die ich beeindruckend fand, weil sie sehr jung, sehr engagiert und politisch viel weiter sind, als ich es bin. Aber dass ich jetzt sagen würde, wegen einzelner Personen bin ich eingetreten? Auf keinen Fall. Ich finde sogar, das ist der Vorteil der Linkspartei, dass sie natürlich auch einige herausragende Köpfe hat, aber die Partei an sich geschlossen ist. (I3, S. 28)

Bei dem 40-jährigen Robert heißt es dazu:

Ja, mein Punkt war, wie gesagt, Gysi. Weil der immer nach meinen Gedanken gesprochen hat. Zweitens habe ich gedacht, ich muss jetzt was tun. Es muss hier was passieren. Das kann ich nicht machen, wenn ich im Sessel sitze. Ich muss rausgehen und muss mich politisch engagieren. Ich muss den Leuten, den sozial Schwachen helfen. Das ist, wie gesagt, mein Thema: ALG II. Wird es auch immer bleiben. [...] Deswegen bin ich bei den LINKEN eingetreten und weil die sich sozial engagieren. (GD, S. 32)

Für Marina, 42, die als Gewerkschaftssekretärin arbeitet, sowie für Dietrich, 33, aus Leipzig und im Kulturbereich tätig, hatten bekannte Gesichter der Partei dagegen überhaupt keine Bedeutung für ihren Parteieintritt (I4, I10). Für sie und einen größeren Teil der Befragten war die Begegnungen mit den «Gesichtern der Partei» vor Ort wichtig (I1, I2, I3, I4, I5, I6, I7, I10), wie oben bereits angedeutet wurde. Bei den beiden 18-Jährigen Jens und Tobias heißt es schließlich:

Jens: Eigentlich war ich schon immer eher links, aber ich habe halt nie was gemacht. Ich habe letztes Jahr am 1. Mai mir beim Internationalen Kulturfest an der Zeche Carl die ganzen Parteien angeguckt. Da fand ich die LINKEN am sympathischsten, habe dann aber trotzdem nichts gemacht, bis Lukas mich mal zur Linksjugend geschleppt hat. Danach habe ich angefangen, aktiv zu werden, auch in der Partei.

Interviewer: Und warum?

Jens: Weil ich es gut fand. Ich meine, ich hatte die Ausrich-

tung schon immer. Immer wenn ich aktiv werden konnte, was machen konnte, was mitmachen konnte, hat mich das gereizt.

Tobias: Okay, ich muss sagen, bei mir stimmt vieles mit Jens überein. Wir sind, wie schon berichtet, quasi zeitgleich hierhergekommen. Bei mir war der Grund eben auch, ich war schon immer recht links. Jetzt noch mehr als damals vermutlich. Und dann habe ich mir irgendwann gedacht: Hey, ich möchte eigentlich was machen, politisch aktiv sein. Ich kann noch nicht wählen. Mit wem bin ich d'accord? Habe auch geguckt, was würde am besten passen. Habe festgestellt, DIE LINKE passt eigentlich am ehesten. Da widerspreche ich am wenigsten mit irgendwas. Und dann dachte ich mir: Okay, ich bin hier. Ich möchte was Politisches machen. Dann wäre es eine Verschwendung, wenn ich jetzt nicht aktiv werde und dahin gehe und quasi auch mein Recht auf Demokratie ausnutze und da mitwirken will. (GD1, S. 34)

Für die 28-jährige Katja war die Präsenz der LINKEN auf den Straßen von Berlin-Neukölln ein entscheidender Grund für ihren Eintritt:

DIE LINKE Neukölln, die ist schon sehr, sehr krass, was Straßenarbeit betrifft. Und da hast du die immer rumstehen sehen [...] Immer haben die irgendeine Aktion gemacht zu was weiß ich was: hohe Mieten oder zu einem Anschlag auf einen türkischen Supermarkt oder wenn wieder bei einem Auto die Scheibe eingeschlagen wurde. Besonders in dem Bereich halt, hier hinten Britz, die Richtung. (I6, S. 15)

4 DEUTUNGEN DER GESELLSCHAFT

Die oben skizzierten zentralen Kritikpunkte, die die Befragten hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung formulieren, sind überwiegend in differenzierte Gesellschaftsdeutungen eingebettet: Die Kritik geht fast immer einher mit der Wertschätzung bestimmter politischer und sozialer Errungenschaften. Problematisiert werden etwa sehr häufig die neoliberale Deregulierung der Arbeitsmärkte und ihre Folgen sowie die Fremdenfeindlichkeit und Hetze gegen Minderheiten. Eine exemplarische Verdichtung einer derartigen Sozialkritik findet sich in einer Passage, die dem Interview mit dem Lehramtsstudenten Markus aus Essen entnommen ist:

Die Einkommensverteilung würde ich aktuell auf jeden Fall nennen. Also politische und soziale Probleme sowie diese Fokussierung auf Geflüchtete. Die Geflüchteten sind eigentlich kein Problem, aber dass darauf so fokussiert und gegen sie gehetzt wird, das ist das Problem. Und ich würde halt sagen, dass wir den Sozialstaat mehr und mehr abbauen und Privatinteressen in den Vordergrund stellen. Wir rüsten auf statt ab, erreichen unsere Klimaziele nicht. Dieser bescheuerte Dieselskandal. Dass jetzt schon wieder so getan wird, als hätte es den gar nicht gegeben, das ist ja auch ein Unding. Einfach diese Zweiklassengesellschaft, die sich mehr und mehr spaltet.

Interviewer: Was verstehst du unter Zweiklassengesellschaft?

Das sind einerseits für mich die, die arbeiten, um zu leben, und auf der anderen Seite die, die [...] quasi alles haben. Und so würde ich das auch nennen.

Interviewer: Wer sind die, die alles haben?

Die Unternehmer, also es sind natürlich nicht nur Unternehmer, aber die Superreichen, um es wie Wagenknecht zu sagen. Die, die auch einfach nur bescheißen mit Steuern und im Prinzip überhaupt nicht am Gemeinwohl irgendwie mitwirken.

Interviewer: Wieso spaltet sich die Gesellschaft immer mehr?

Ich denke, weil die Einkommensunterschiede einfach immer größer werden. [...] Man sieht ja, wenn man sich Statistiken anschaut, dass die, die wenig verdienen, immer mehr werden, und die, die viel haben, nicht unbedingt mehr werden, aber mehr haben. Ich weiß nicht, wie jetzt grad die Zahl in Deutschland ist: Etwa ein Prozent der Oberen hat so viel wie 49 Prozent der Unteren. Da muss man sich nicht wundern, dass die Leute irgendwie angepisst sind. Da muss man sich nicht wundern, dass die Leute auch vielleicht egoistisch sind. Da muss man sich nicht wundern, dass Leute kriminell werden, finde ich. [...] Letztens kam noch heraus, dass bei Hartz IV zehn Milliarden im Jahr quasi getrickt werden, die der Staat sich dann einheimst. Und wenn man den Ärmsten der Armen möglichst alles wegnimmt, das ist halt scheiße. (I5, S. 13–14)

Markus' Kritik an der Klassengesellschaft geht von der Wahrnehmung einer wachsenden Verteilungsungleichheit aus (die «Zweiklassengesellschaft» gibt es aufgrund von Einkommensunterschieden, «die immer

größer werden» und einer Politik, «die nicht gewillt ist», diese Entwicklung durch eine progressive Steuerpolitik zu bremsen). Er beklagt weniger strukturelle Ausbeutungsverhältnisse, aus denen Verteilungsungleichheiten erwachsen. Auch die anderen Neumitglieder argumentieren differenziert. Monokausale Erklärungen für wahrgenommene Fehlentwicklungen wie Rassismus, Prekarisierung oder gesellschaftliche Stigmatisierung von Minderheiten bilden die Ausnahme. Vielmehr werden sie als politisch herbeigeführte Prozesse bewertet (I6, I8, I10, GD). Wenn etwa die Krankenschwester Katja über Probleme von alleinerziehenden Müttern auf dem Arbeitsmarkt spricht, bettet sie diese ein in Defizite bei der staatlichen Daseinsvorsorge (fehlende Kita-Plätze) oder Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt:

Ich meine, man braucht nur den Fernseher anschalten und Krimis schauen. Wer ist da hauptsächlich der Mörder? Entweder der Schizophrene oder der Araber, jetzt mal blöd gesagt. Also, darauf bin ich ja noch gar nicht eingegangen, was psychische Erkrankungen in unserer Gesellschaft für einen Status haben. Dann halt natürlich auch unter diesem ganzen Jubel, Trubel der Rechtsparteien, die das halt alles noch mal ein bisschen mehr aufleben lassen. Dann glaube ich, es geht schneller, in Hartz IV zu kommen, weil entweder die Jobangebote nicht da sind oder du sie nicht annehmen kannst, weil du in der Nähe vom Arbeitsplatz keine Wohnung finanzieren kannst. [...] Also, mit der Erhöhung der Mietpreise, das ist schon essenziell. Also, wenn Leute irgendwie ihren Arbeitsplatz verlieren und dann ihre Wohnung zeitgleich verlieren, die kommen ja dann in so eine Abwärtsspirale rein, wo es extrem schwierig wird. [...] Oder wenn man dann noch die Aussagen von alleinerziehenden Müttern hört. Also, mir wurde jetzt zwar der und der Teilzeitjob angeboten, aber wenn ich den annehme, dann mache ich sogar Miese. Es ist für sie also besser, wenn sie weiter noch ein, zwei Jahre in Hartz IV bleiben, bis ihr Kind aus dem Gröbsten raus ist und sie wieder eine Vollzeitstelle annehmen können. Ich meine, dafür können die Leute nichts. Und ich finde, die darf man dann nicht als Schmarotzer bezeichnen, weil, das wird ja vom System auferlegt. Also, es kann nicht sein, dass eine alleinerziehende Mutter nicht ordentlich unterstützt wird. Oder generell eine Familie nicht unterstützt wird. Es geht ja dann schon wieder um Kita-Plätze und so weiter und sofort, die definitiv nicht vorhanden sind. (I6, S. 19)

Ähnlich wie Markus adressiert auch Chris aus Hamburg direkt «die Politik». Diese würde sich zu stark mit «Überdebatten» wie der um Geflüchtete beschäftigen, anstatt sich um relevante Themen wie Bildung oder Digitalisierung zu kümmern:

Es läuft bei fast allen Sachen irgendwie nicht richtig, weil wir seit drei Jahren eigentlich nur über die Flüchtlinge von 2015 debattieren. Und es bleibt zu viel liegen, etwa was Bildung angeht, ist es eine Katastrophe, was Digitalisierung oder generell Modernität angeht. In diesem Land hängen wir diesbezüglich super weit hinterher, weil es einfach kein anderes Thema in der Politik gibt außer den Flüchtlingen

von 2015. Ich sehe jetzt in dieser Legislaturperiode mit der GroKo auch nicht die Chance, dass sich da was ändert. Ich glaube, bis deren Zeit vorbei ist, werden wir auch keine anderen Themen haben. Und das ist absolut schade, weil es einfach an der Zeit ist, da umzudenken und was anderes zu machen. (I8, S. 8)

Alle der drei hier zitierten Befragten geben den «etablierten Parteien» die Hauptverantwortung für bestimmte Fehlentwicklungen oder sprechen ihnen die Bereitschaft ab, drängende Aufgaben anzugehen.

VORTEILE UNSERER GESELLSCHAFT

Ein größerer Teil der befragten Neumitglieder bringt dem deutschen Sozialstaatsmodell eine grundsätzliche Wertschätzung entgegen, wenngleich ihre Ansprüche an soziale Absicherung und Daseinsfürsorge «in der Praxis» nicht erfüllt werden. Hierzu beispielhaft Max aus Kassel:

Ich finde es gut, dass grundsätzlich eigentlich keiner – wäre da nicht die Hürde der deutschen Bürokratie – auf der Straße leben müsste, was aber leider faktisch nicht der Fall ist. Das ist schon mal ganz gut, dass es ein einigermaßen gutes Bildungssystem gibt, dass es eine Unterstützung für Menschen gibt, die keine Arbeit haben oder temporär nicht arbeiten können. [...] Auch das Gesundheitssystem ist recht gut. Wir haben eine Krankenversicherung, die funktioniert einigermaßen. Alles noch verbesserungsfähig, aber das ist ja immer so. Es gibt nicht das perfekte System. [...] Es gibt eine gute Gesundheitsversorgung, es gibt ein Bildungssystem und es gibt eine mehr oder weniger gut funktionierende Kinderbetreuung. Das ist das, was es gibt, was gut ist. Es gibt Unterstützung. Die Form ist ein bisschen schwierig. (I2, S. 14–15)

Darüber hinaus schätzt ein Teil der befragten Neumitglieder individuelle Freiheiten, die demokratischen Grundstrukturen und politischen Teilhabemöglichkeiten (auch für Migrant*innen) in der deutschen Gesellschaft. So wird insbesondere die vorhandene Pressefreiheit gewürdigt, wobei auch Unzufriedenheit über diskriminierende Formen der Berichterstattung etwa der Springer-Presse artikuliert wird: «Also ich finde, manchmal gehört dann auch schon ein bisschen mehr Kontrolle dazu. Es sollte überprüft werden, was da geschrieben wird.» (I6, S. 17).

Sascha aus Kassel hebt die demokratische Diskussions- und Kompromisskultur in Deutschland lobend hervor (I3) und Farid unterstreicht die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie:

In Deutschland hast du die Wahl. Du hast hier Parteien und die Wahlen werden nicht irgendwie gefälscht oder manipuliert. Und es kommt wirklich auf deine Stimme an. Das finde ich gut in Deutschland. Und das ist in anderen Ländern nicht der Fall. Ich kenne zum Beispiel viele Iraner, die dürfen ja auch von hier aus wählen. Die gehen dann zur Botschaft. [...] Da hast du immer einen Kandidat, der schlecht ist, und dann hast du einen Kandidat, der böse ist. Dann gehen alle den Schlechten wählen, um den Bösen zu verhindern. Und solche Verhältnisse haben wir nicht hier. Gott sei Dank. Hier hast du wirklich die Wahl. Hier hast du die Parteien und hier

kannst du politisch was ändern. Aber in anderen Ländern nicht. Ja, das finde ich sehr gut und dass man sich politisch engagieren kann als jemand mit Migrationshintergrund. Ich habe auch viele Verwandte in Iran. Die leben seit 30 Jahren dort. Die haben immer noch keine Arbeitserlaubnis. (I1, S. 22)

Zwar beklagt Farid, dass Großkonzerne durch Lobbyarbeit zu großen gesellschaftlichen Einfluss ausübten, er hält aber viel vom parlamentarischen System: «Ich meine, innerhalb der Politik – das, was man Parlamentarismus nennt – ist es schon demokratisch. Also, es kommt wirklich auf die Stimmen [der Wähler*innen] an.» (I1, S. 23) Häufige Erwähnung findet zudem das Grundgesetz, das von den Befragten als Instanz wahrgenommen wird, die die Bürger*innen vor dem Zugriff des Staates, etwa polizeilicher Willkür, schützt. Obwohl demokratische Defizite benannt werden, existiert ein Grundvertrauen in die bestehenden Institutionen. In Deutschland, so Katja aus Berlin, habe «keiner die Macht oder das Recht, vollkommen auszurasen, auch nicht in einer Gruppierung oder in einer Organisation, wie zum Beispiel dem Polizeiwesen» (I6, S. 16).

Positiv werden auch, vor allem von den jüngeren Neumitgliedern, Toleranz und kulturelle Vielfalt in der deutschen Gesellschaft hervorgehoben. Multikulturalität, Pluralität oder die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sind für sie weitgehend anerkannte gesellschaftliche Normen, die es zu würdigen und auch zu verteidigen gelte. Katja hebt neben den Möglichkeiten, sich frei als Frau in der Öffentlichkeit bewegen zu können, die Pressefreiheit als besonderes Gut hervor:

Dann sehe ich natürlich auch den Fortschritt, dass ich keine Angst haben muss, mich hier als Frau mit meinem Kleidchen irgendwo hinzusetzen, auch wenn es dunkel ist. [...] Also, die Pressefreiheit, das finde ich eine unserer größten Stärken. Wobei es natürlich auch manchmal ein bisschen nervig ist, wenn man etwa an den Springer-Verlag denkt. [...] Aber trotzdem, das halt grundsätzlich das Recht da ist, sich zu allen Sachverhalten äußern zu dürfen, das ist schon ein ganz, ganz extremer Vorteil in unserer Gesellschaft. (I6, S. 16)

Generell wird betont, dass die Situation hierzulande trotz Rückschritten besser sei als in anderen Ländern: «In Deutschland ist es gerechter als woanders, aber es ist nicht gerecht», urteilt etwa Max zum Thema Obdachlosigkeit. Gleichzeitig werden Befürchtungen zum Ausdruck gebracht, dass viele dieser gesellschaftlichen Fortschritte angesichts des Rechtsrucks in Gefahr sind. So antwortet Chris aus Hamburg auf die Frage nach den Vorteilen unserer Gesellschaft:

Also, bis vor ein paar Jahren hätte ich noch gesagt, Toleranz und dass wir aus der Geschichte gelernt haben. Es gibt ja nicht genug Argumente, die dagegensprechen könnten. Ich weiß es im Moment, ehrlich gesagt, gar nicht. Also, ich fühle mich im Moment in Deutschland nicht so wirklich wohl, weil ich Angst habe, dass der Rassismus auch irgendwann in Hamburg vor meine Tür kommt, obwohl er jetzt sich im Moment noch so weit weg anfühlt. Ich würde gerne sagen, Toleranz und Weltoffenheit. (I8, S. 6)

5 WEGE DER VERÄNDERUNG

Der (Wahl-)Programmatik der LINKEN wird von den Neumitgliedern weitgehend zugestimmt. Deutliche Unterschiede gab es jedoch in Hinblick auf die Frage, wie die von der Partei verfolgten Ziele taktisch und strategisch durchgesetzt werden können. So wundert es wenig, dass nicht alle Deutungen der Befragten hierzu sowie zu politischen und gesellschaftlichen Alternativen klar voneinander abgegrenzt und kategoriell zugeordnet werden können. Es lassen sich anhand der Ausführungen im Sample jedoch idealtypisch zwei unterschiedlich stark reflektierte und begründete Strategieansätze identifizieren: «revolutionär-oppositionelle» sowie «oppositionell-gestaltungsorientierte», wobei Letztere überwiegen.

einzelnen Interviews der Wunsch nach einer baldigen Regierung mit SPD und Grünen parallel zu der Erwartung geäußert, die Partei möge die Bundesrepublik aus der NATO herausführen und eine klar erkennbare Oppositionskraft bleiben.

AUFKLÄRUNGSARBEIT UND GEGENÖFFENTLICHKEIT

Um dem Problem des Rechtstrends entgegenzuwirken, setzen viele Befragte auf politische Aufklärung. DIE LINKE, so die allgemeine Einschätzung, müsse sich zum einen der Verrohung des gesellschaftlichen und medialen Diskurses (hate speech) entgegenstellen, vor allem aber politisch aufklären oder, wie es Kat-

EXKURS 2

POLITISCHE BILDUNGSPROZESSE UND ALLTAGSBEWUSSTSEIN

Das politische Bewusstsein der befragten Neumitglieder ist in der Regel widersprüchlich und variiert sehr stark, was die «Ausprägung» dieses Bewusstseins angeht. Die eingenommenen Haltungen und vorgetragenen Forderungen sind meist reflektiert und begründet, aber nicht «strategisch kohärent». Vieles ist im Fluss, an einzelnen Punkten verfestigen sich Positionen bereits, an anderen bleiben die Orientierungen noch beweglich. Das gilt zumindest für den größeren Teil der jüngeren Neumitglieder, die sich nicht an der «alten SPD» orientieren.

Für die bessere Einordnung dieses Sachverhaltes ist es sinnvoll, auf Überlegungen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurückzugreifen. Demnach sind alle Menschen Alltagsphilosophen, sie interpretieren die Welt und entwickeln Erklärungen für Wahrgenommenes (Gramsci 2004: 96 f.). Das Alltagsbewusstsein ist in diesem Verständnis der umkämpfte Stützpunkt unterschiedlicher Ideologien, die hier aufeinandertreffen und miteinander ringen. Zum Teil erscheinen sie zusammenhanglos, denn der Mensch übernimmt sie von den verschiedenen sozialen Gruppen, zu denen er im Laufe seines Lebens gehört. Nach Gramsci ist der Mensch eher passiv einer Weltauffassung unterworfen (Haug 2001: 125). Unsere Welt-

auffassung ist eine Komposition aus verschiedenen Elementen, die wir nicht immer aktiv arrangieren. Diese Anschauungen haben vielmehr auch den Charakter gängiger Meinungen und geteilter Gemeinplätze. Charakteristisch für das Alltagsbewusstsein ist laut Gramsci (1999: 2180), dass es insofern kollektiv ist, als es «die verbreitetste Auffassung vom Leben und vom Menschen» enthält. Wenn man so will, speichert das Alltagsbewusstsein das nicht kritisch angeeignete, aber zur Weltdeutung abrufbare Wissen. Als Träger derartiger Wissensformen ist das Alltagsbewusstsein jedoch keineswegs erstarrt, fest oder geschlossen, sondern verändert sich fortwährend (ebd.). Es ist ungleich entwickelt (Haug 2001: 27), der Mensch ist – insofern Meinungen nicht immer aktiv und kritisch angeeignet werden – ein Konformist irgendeines Konformismus (oder mehrerer) (Hall 1986: 99 f.).

Dies ist für die Rekonstruktion und Bewertung der Anschauungen der befragten Neumitglieder relevant. Denn diese wurden zum einen bei den Einzelnen häufig (noch) nicht aktiv «kohärent gemacht», also im Zuge einer längeren politischen Auseinandersetzung in einen widerspruchslosen Zusammenhang gebracht. Zum anderen schlagen sich in den Anschauungen neben älteren bereits neue Deutungen nieder, wie sich an einzelnen Redeweisen zeigt, die typisch sind für DIE LINKE bzw. einzelne ihrer Arbeitszusammenhänge (z. B. «revolutionäre Realpolitik»).

Zwischen den Ansätzen «revolutionär-oppositionell» bzw. «oppositionell-gestaltungsorientiert» erstreckt sich gleichwohl ein Deutungsspektrum, das weniger strategisch kohärent und verfestigt, stellenweise sogar widersprüchlich ist. Das aber ist kein Ausweis von «Unverstandenenem», sondern spiegelt die mit Gramsci beschriebene ungleiche Entwicklung des Alltagsbewusstseins wider, die zum Ausgangspunkt der politischen Bearbeitung und Entwicklung (etwa im Rahmen politischer Bildungsarbeit) zu nehmen ist. So wurde in

ja formuliert, «die Leute dazu ermächtigen» (I6, S. 24), die Medienberichterstattung eigenständig einschätzen zu können. Wege der Veränderung liegen für sie beispielsweise in der Bildungspolitik oder in der Medienpolitik. Sie, die ihr berufsbegleitendes Medizinpädagogik-Studium an einer Privatuniversität absolviert und dafür bezahlen muss, plädiert beispielsweise dafür, berufliche Weiterbildung wie Bildung allgemein komplett staatlich zu organisieren und gebührenfrei anzubieten.

Die Umsetzung vieler Veränderungswünsche der Interviewten erfordert keine parlamentarischen Mehrheiten, so etwa die häufig gestellte Forderung, die Partei DIE LINKE müsse stärker an der Schaffung von Gegenöffentlichkeit durch politische Aufklärung arbeiten. Hierzu exemplarisch Holger:

Der Versuch sollte sein, eine möglichst starke Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die eben nicht versucht, mit dem gängigen Muster zu arbeiten, die anderen zu überbetreffen und noch lauter zu sein, um noch mehr Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Ich bin gegen diese Effekthascherei. Es käme darauf an, mehr zu entlarven. Aber in welcher Form das konkret gemacht werden soll, das habe ich auch noch nicht so ganz für mich durchdacht. Aber ich glaube, es ist auf jeden Fall sinnvoll, Leute zu konfrontieren, indem man ihre Argumente zerlegt oder indem man zeigt, was da eigentlich wirklich dahintersteckt, welche Interessen dahinterstecken, welche Verbindungen es da untereinander gibt, wer wen finanziert, wer was in der Vergangenheit gemacht hat etc. Damit man einfach ein bisschen mehr klarmacht, was diese Leute, seien es Funktionäre irgendwelcher Parteien oder Lobbyisten oder irgendwelche Unternehmen, eigentlich für Bestrebungen haben, dass sie nicht eine bessere Welt für alle wollen, sondern einfach nur mehr Umsatz für ihre Firma. (I4, S. 26–27)

Zentrales Instrument, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, ist für eine Reihe von Interviewpartner*innen (I5, I6, I7, GD) die «soziale Verankerung» der Partei im Stadtteil oder deren Präsenz «auf der Straße». Weitgehend geteilt wird die Meinung, dass DIE LINKE ihre soziale Verankerung in den Stadtteilen verbessern muss. Gleichwohl ist umstritten, was genau damit gemeint ist. Zwei Argumentationslinien lassen sich hier erkennen: erstens die Idee, mit stärkerem «Druck von der Straße» (I6), mit der Unterstützung wesentlicher Kämpfe im Viertel oder in der Nachbarschaft, über die Teilnahme an Demonstrationen (I5) und mit aktiver Organisations- und Kampagnenarbeit (I7) ließen sich politische Veränderungen herbeiführen oder könnte die Partei zumindest Mehrheiten für solche gewinnen. Anliegen, die durchaus als Elemente einer «oppositionell-revolutionären» Haltung bzw. Strategie interpretiert werden können. Der zweite Begründungszusammenhang, der in der Gruppendiskussion im Vordergrund stand, stammt aus der sozialdemokratischen Tradition der kommunalen Verankerung: als Partei vor Ort, präsent und ansprechbar sein. Exemplarisch für die erste Sichtweise zitieren wir im Folgenden Marina, die sich DIE LINKE als eine «organisierende politische Kraft» wünscht und diese Ausrichtung einer rein parlamentarischen Arbeit gegenüberstellt:

Also, ich glaube, das geht nicht ohne eine organisierte politische Kraft, die auch genau das in den Diskurs reinträgt und Leute organisiert darum. Das muss ja auch nicht die Linkspartei sein, aber man muss es halt machen, und mir fällt gerade keine bessere ein als die Linkspartei. In dem Sinne glaube ich, dass das total zentral ist. Ich glaube nur, dass man das nicht mit Reden und mit Anträgen im Parlament hinkriegt. (I7, S. 21)

Beispielhaft für die zweite Deutung «sozialer Verankerung» stehen die folgenden Ausführungen von Stefan, Neumitglied aus Essen:

Also, ich finde auch, die LINKEN sollten mehr wieder in den Stadtteilen präsent sein. Ich zum Beispiel komme aus Schonnebeck. Das ist ein Stadtteil von Essen und da kennt man DIE LINKE so gut wie gar nicht. [...] Wir haben dort auf dem Schonnebecker Markt mal einen Stand aufgebaut, und da sagten die Leute: «Oh, die LINKEN. Sind die auch mal hier?» Also, nach dem Motto: Die LINKEN könnten ja auch mal was tun. Jetzt ist in Altenessen die kleine Farm (oder wie die da heißt) abgebrannt. Dass man da als LINKE mal sagt, bevor es die SPD oder CDU tut: «Wir machen mal was für die Farm. Die ist abgebrannt. Wir setzen uns da mal ein.» Dass man dem Stadtteil da mal hilft, finde ich richtig. Da könnte man sich mal vielleicht hinsetzen und mal gucken, was man da machen kann. (GD, S. 10–11)

Eine weitere verbreitete Handlungsorientierung ist, stärker parteiübergreifend zu diskutieren und zusammenzuarbeiten, zum Beispiel mit der SPD-Basis. Diese Haltung zeigte sich vor allem bei den Neumitgliedern, die an der Gruppendiskussion teilnahmen, findet sich aber auch in Einzelinterviews (I8, S. 19). Der Hamburger Chris etwa wünscht sich von der LINKEN mehr «Politik über Parteigrenzen hinweg», einen Anspruch, den er im Bündnis «Aufstehen» verwirklicht sieht: «Politik über die Parteigrenzen hinaus, ein gemeinsames Sprachrohr finden, entsprechend des Grundgedankens der Aufstehen-Bewegung. Das hat ja auch Ähnlichkeit zur Bernie Sanders' Bewegung (Our Revolution)» (I8, S. 11).

POSITIVE VISIONEN

Sascha greift den Gedanken der Bildungschancen auf, sieht aber die Notwendigkeit für DIE LINKE, die Kritik am bestehenden System mit einer «positiven Utopie» zu verknüpfen. DIE LINKE müsse den Abgehängten deutlich machen,

was möglich ist. [...] Dass bessere Bildung möglich ist, das wäre für mich das Erste, was ich den jungen Menschen zeigen würde. Es geht um die Entwicklung einer Utopie [...] Man sagt: Du hast jetzt nichts, du lebst vielleicht in einer Einzimmerwohnung mit deiner Schwester, du lebst im Wohnzimmer, deine Schwester schläft bei deiner Mutter, aber die Möglichkeit, in zehn Jahren, schau dir das an, das ist möglich: Du hast dann dein eigenes Zimmer, du hast Essen, du hast dann viel mehr Möglichkeiten. [...] Das hört sich jetzt vielleicht bescheuert an, wenn man das denen einpflanzt. Aber ich möchte, dass die Schüler irgendwann sagen: Ja, dieses Leben möchte ich haben. (I3, S. 48)

Auch Holger verlangt von der Partei utopisches Denken, eine vorwärtsgewandte Vision (I4). Markus aus Essen verweist in diesem Zusammenhang auf die Kritik der Partei an der Agenda 2010. Diese Kritik müsse durch eine positive Utopie, wo es hingehen soll, ergänzt werden:

Immer aufzuzählen, was vor der Agenda alles besser war, finde ich ein Problem. Das meiste davon stimmt zwar, ist

aber sehr rückwärtsgewandt. Also, ich finde, wir brauchen da mehr so ein positives Zukunftsbild als immer nur Negatives.

Interviewer: Was findest du rückwärtsgewandt daran? Oder warum findest du das nicht ausreichend?

Ja, ich weiß nicht, ich glaube, Menschen sind eher zu begeistern für etwas Neues, Positives, was noch nicht da war. Das ist besser, als immer zu sagen: «Ja, das war ja mal gut und so wollen wir das wieder haben.» Ich glaube, [...] wenn Menschen ein Bild von der zukünftigen Gesellschaft im Kopf hätten – das muss nicht identisch mit meinem sein, nur ungefähr, da müssen wir uns ja nicht über Details streiten –, dann würden sie vielleicht eher etwas dafür tun oder auf irgendwas verzichten.

Interviewer: Also, eine Utopie?

Ja. Aber eine reale, also, wie eine Utopie, die nicht utopisch ist, insofern, dass sie erreichbar sein muss. Es käme darauf an, zu sagen, diese Utopie ist möglich. Ein Beispiel dafür wäre die Digitalisierung, die, wer weiß wie stark, in den nächsten Jahrzehnten noch voranschreiten wird. (I5, S. 20)

REVOLUTIONÄR-OPPOSITIONELLE VS. OPPOSITIONELL-GESTALTUNGSPOLITISCHE ANSÄTZE

Auch wenn die von uns Befragten, wie bereits erwähnt, durchgängig keine kohärenten strategischen Handlungsansätze vertreten, lassen sich einige identifizieren, die eher eine revolutionär-oppositionelle oder eine oppositionell-gestaltungspolitische Orientierung aufweisen. Am stärksten wird der Typ des «oppositionellen Revolutionärs» von den beiden Essenern Markus und Jens verkörpert. Für eine Verwirklichung der anvisierten sozialen und politischen Verbesserungen ist ihrer Meinung nach nicht weniger als eine «umfassende Revolution» (I5, S. 16) notwendig, die Markus mit positiven Utopien verbinden will (siehe hierzu ausführlicher das Porträt in Kapitel 7). Jens etwa erklärt:

Ich glaube nicht, dass man über eine Regierungsbeteiligung eine sozialistische Gesellschaft schaffen kann. Es gibt ja Tausend Beispiele, wo das nicht funktioniert hat. Das heißt, die Arbeiter, die Leute in den Betrieben müssten halt selbst Räte bilden und dann von unten aus ein demokratisches System aufbauen. Klar haben wir keine Situation, wo das jetzt in den nächsten paar Jahren passieren wird. Da kommt man auch nicht einfach so hin. Ich meine, die Leute brauchen erst einmal ein Klassenbewusstsein und das kommt halt von sowas wie Streiks. Man sieht ja: Leute sind oftmals rassistisch, aber wenn die zusammen streiken als Belegschaft, dann geht das alles weg, weil die merken dann, wie die Verhältnisse sind. Dass es nicht darauf ankommt, ob man Christ oder Muslim, ob man schwarz oder weiß ist. Dass es wichtiger ist, ob man Arbeiter und Lohnabhängiger ist oder jemand, der Aktien oder eine Fabrik hat. Dass da die eigentlichen Grenzen sind, wo die Gesellschaft getrennt ist und die man überwinden müsste. Eine richtige demokratische Gesellschaft, eine bessere Gesellschaft, [...] Sozialismus. (GD, S. 53–54)

Einen eher oppositionell-gestaltungspolitischen Ansatz vertritt dagegen Sascha aus Kassel, der ausführt, welche Positionen ihn innerhalb der Partei stören:

Nicht koalieren, zum Beispiel. Also, dieses komplette Ablehnen von Koalitionen. Weil Demokratie bedeutet halt auch immer Kompromissbereitschaft. In der Jugend kann man sich erlauben zu sagen: Nein, wir möchten extremere oder radikalere Positionen einnehmen, aber man wird niemals, niemals eine absolute Mehrheit bekommen, man wird nie 70 Prozent einer Bevölkerung von seinen Ideen überzeugen. Vielleicht 30 Prozent, vielleicht sogar 40 Prozent, aber wenn man dann theoretisch 40 Prozent hat und immer noch nicht koalieren und keinen Kompromiss eingehen will, dann drückt man sich meiner Meinung nach vor der Übernahme demokratischer und politischer Verantwortung. Man gibt die an andere Leute ab. [...] Und das ist falsch. Das halte ich für absolut verkehrt. Man muss Kompromisse eingehen, [...] um auch Fortschritte zu erreichen. Ich weiß, Rosa Luxemburg hat mal so was gesagt wie, jeder Kompromiss sei antidemokratisch, aber für mich ist das ganz klar ein Teil davon. Wir haben hier in Kassel ganz linke Strömungen, viele, die von Anfang an sagen: Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir nicht koalieren. Egal ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene. [...] Und das stört mich. (I3, S. 33)

Zugespißt formuliert wird der Wunsch nach einer politischen Gestaltungsoption auch von Farid aus Kassel. Ihm ist zwar eine klare oppositionelle Haltung der LINKEN wichtig, insbesondere hinsichtlich der NATO und zu Kriegseinsätzen. Zudem unterstreicht er den Wert, den die klare Verteidigung von «unliebsamen Positionen» durch die Partei hat. Regierungsbeteiligungen sieht er gleichwohl als Mittel, um größere Teile der Bevölkerung für linke Politik zu gewinnen:

Also, jetzt politisch finde ich das richtig, wenn DIE LINKE mitregiert, vor allem auf der Landesebene. Ich habe zum Beispiel mit zwei Freundinnen diskutiert. Die kommen aus Bayern, aus Würzburg, studieren dort. Und sie wussten nicht, dass DIE LINKE zum Beispiel in Berlin regiert und dass DIE LINKE dort die stärkste Partei ist. Die haben gesagt: «Ich dachte, ihr seid immer nur in der Opposition und jammert die ganze Zeit.» [...] Es ist schon wichtig, wenn Leute sehen: Okay, DIE LINKE regiert in der Hauptstadt oder in Thüringen. Dann haben wir ein anderes Ansehen, gelten nicht länger nur als eine Oppositionspartei. Und je mehr wir auf der Landesebene regieren, desto stärker werden wir auch auf der Bundesebene werden und können eventuell irgendwann mal Rot-Rot-Grün durchsetzen. (I1, S. 29–30)

Das Gros der Befragten machte zudem reformpolitische Vorschläge, etwa: Herstellung von Chancengleichheit durch Bildungsgerechtigkeit (z. B. Katja); die politische Regulierung neoliberaler Reformen (Sascha); Maßnahmen, «um Kapital und Arbeit wieder auf Augenhöhe zu kriegen» (Marina); Umverteilungspolitik (Max) oder mehr Steuern für Reiche (Sascha). Derartige Vorschläge finden sich allerdings bei den Befragten beider Fraktionen (Vertreter*innen eines revolutionär-oppositionellen bzw. einer oppositionell-gestaltungspolitischen Orientierung).

6 LOB UND KRITIK AN DER PARTEI

In den Interviews und Diskussionen wurde Kritik an der LINKEN geübt, es wurden aber auch sehr lobende Worte gefunden.

MITMACHEN

Gut finden beispielsweise viele Befragte die Kampagnenorientierung vor Ort (siehe hierzu auch Kapitel 3 und 5) bzw. verschiedene niedrigschwellige Mitmachangebote. Das gilt für Katja, Marina, Markus, Jens, Tobias und im Prinzip auch für Moritz, der die Institution des «Aktiventreffens» lobt.

Moritz: Ich finde die Partei hier in Essen eigentlich total gut, aber ich weiß wohl auch, dass es nicht überall so ist. Wir haben in Essen zum Beispiel das Aktiventreffen. Das ist total cool, da organisieren wir verschiedene Aktionen und Sachen, aber das gibt es wohl nicht überall. [...] Beim Aktiventreffen läuft alles basisdemokratisch und direkt. Da kann man sich gut einbringen. Man muss noch nicht mal Parteimitglied sein. Es gibt da ja einige, die keine sind und trotzdem mitmachen. Ich fände es gut, wenn es das überall gäbe. Manche beschwerten sich ja darüber, dass es zu wenig Wege für Interessierte gibt, sich in die Partei einzubringen. Da ist einer. [...] In diese Richtung sollte man mehr aufbauen.

Stefan: Also, was ich besonders gut hier an den LINKEN finde, ist, dass hier wirklich jeder ernst genommen wird, egal ob der jetzt 16 oder 60 ist. Ich finde das gut, dass hier jeder ernst genommen wird und Ideen auch aufgenommen werden und vielleicht auch zu Aktionen führen. Das ist das, was ich an dieser Stelle noch einmal sagen wollte. (GD, S. 25–26)

OFFENE DISKUSSIONSKULTUR

Zum Teil bereits verwirklicht, zum Teil verbesserungsfähig ist für den überwiegenden Teil der Befragten die Diskussionskultur in der Partei. Betont wird von mehreren, dass man zwar häufig kontrovers diskutiert, es aber wenig Anfeindung gibt. Gemeint ist damit in der Regel die «Partei vor Ort». Gleichzeitig wird mit Rekurs auf die jüngeren Streitigkeiten (Migrationsdebatte, Diskussionen über «Aufstehen») betont, Spaltung nach außen sei schlecht, unter anderem weil dies öffentliche Bloßstellung bedeute. Exemplarisch kritisiert etwa Klaus im Rahmen der Gruppendiskussion einerseits, fehlende Gesprächsbereitschaft innerhalb der Partei verhindere Lernprozesse und die Auseinandersetzung mit zentralen politischen Herausforderungen. Andererseits fürchtet er, entsprechende Streitigkeiten in der Öffentlichkeit könnten mögliche Wähler*innen bzw. Unterstützer*innen abschrecken:

Also, klar, ich kann dem voll und ganz zustimmen, dass wir sagen, man muss mit den Leuten reden. Auch AfD-Wähler sind nicht per se Nazis. [...] Wenn man mit den Leuten redet, hört man auch sehr häufig: «Ja, ihr habt ja schon ein geiles Programm, aber ich könnte euch nie wählen.» [...] Wenn ich mit denen über Gerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Sozialsysteme, Rente und so weiter rede, da sagen die

alle: «Hey, ihr habt ein gutes Konzept, aber ihr seid so ein Sauhaufen.» [...] So, das ist das Erste. Das andere, das habe ich rausgehört, ist die Diskussionskultur. Okay, mit den Leuten reden. Da finde ich auch wichtig, was das letzte Mal der Bartsch gesagt hat. Er hat gesagt, wir sollten aufhören, Leute immer zu belehren. Also, wenn ich jetzt höre: Im Osten liegt alles an der Regierungspartei und so weiter. Das ist eine Monokausalität. [...] Redet doch erst einmal darüber. Dabei spielt auch die Demografie eine wichtige Rolle, gerade die Älteren, die sterben da drüben langsam alle weg. [...] Diese Monokausalität, das ist ganz peinlich. Das stört mich, ehrlich gesagt. Und dann immer dieses Setting innerhalb der Partei. Mein Gott, der politische Gegner, der ist da draußen. Wenn ich mir jetzt die ganze Debatte ansehe, von wegen Masterplan Migration und so weiter, wo sind die Gegenworte? Da müssen wir vereint mal wieder sagen: «Hey, halt die Fresse da drüben.» So ungefähr. (GD, S. 8–9)

Ein anderer Teilnehmer der Gruppendiskussion, Stefan, ergänzt zum Punkt Umgang mit Meinungsverschiedenheiten in der Partei:

Was gerade die Streitkultur angeht: Ich finde, es wird alles zu sehr aufgebauscht. Ich meine, ist doch klar, dass es in einer Gruppe mit vielen Menschen auch viele Meinungen gibt. Und klar ist auch, dass du in einer Partei auch auf Gegenwehr stößt. Aber ich finde, es ist falsch, andere dafür dann anzuschwärzen oder schlechtzureden oder sonst was, sondern man muss die Differenzen einfach akzeptieren. Und ich finde eine Meinungsvielfalt ist etwas, was man in einer Demokratie aushalten muss. Man kann seinen eigenen Standpunkt vertreten, klar. Aber man muss halt auch dem anderen zugestehen, dass der vielleicht einen anderen hat. Und man kann ja trotzdem einen Konsens finden. Und was ich ganz wichtig finde, ist auch, wenn diese Streitkultur vorhanden ist, dass man nach außen hin ein geschlossenes Bild abgibt. (GD, S. 23)

EINE STANDFESTE PARTEI

Gewünscht wird zugleich eine Partei, die Klarheit und Standfestigkeit bewahrt – das trifft auf fast alle Befragten, unabhängig von ihrer strategischen Handlungsorientierung, zu. Der Wunsch wird sowohl von stärker oppositionsorientierten Neumitgliedern formuliert als auch von solchen, die Kompromissbereitschaft einfordern und die Option von Regierungskoalitionen mit anderen Parteien wichtig finden. Auf die Frage, welche Stärken er mit der LINKEN verbindet, antwortet beispielsweise Farid, der an anderer Stelle für Regierungsbeteiligungen wirbt:

Dass DIE LINKE nicht unbedingt nur mehrheitsfähige Themen anspricht, sondern auch Tabuthemen. Also, zum Beispiel Austritt aus der NATO käme für ein Mitglied aus den anderen Parteien oder für die Wählerschaft von anderen Parteien gar nicht infrage. [...] Ich habe hier am Königsplatz sechs Wochen Wahlkampf gemacht. Da habe ich festgestellt, dass viele gesagt haben: «Oh, DIE LINKE, da ist alles irgendwie zu krass. Ihr wollt zum Beispiel aus der NATO

austreten. Das kommt für mich gar nicht infrage.» Dann merkt man, dass diese Forderung der LINKEN tatsächlich ein Alleinstellungsmerkmal ist. (I1, S. 4–5)

Holger wiederum lobt in einem Statement sowohl die Standfestigkeit und das Systemkritische an den LINKEN, um an anderer Stelle des Interviews deutlich Abstand zu nehmen vom Auftreten der Parteiströmung Antikapitalistische Linke (AKL):

Ja, mir ist schon aufgefallen, dass DIE LINKE auch ein Sammelbecken ist für Leute, die man eigentlich jetzt gar nicht so in der Politik erwarten würde, weil sie dann doch wieder mehr so systemkritisch sind. Aber das fand ich eigentlich immer ganz gut, weil man gemerkt hat, das ist eben keine Partei im klassischen Sinn, die einfach ein parlamentarisches System, wie es ist, akzeptiert und sich da einordnen möchte. Ich hatte vielmehr immer das Gefühl, dass die Partei mit einem Fuß auch außerhalb vom Parlament steht, weil ja die ganze Ideologie und auch das Auftreten von den Leuten schon teilweise ein bisschen als radikal wahrgenommen werden, zumindest von Menschen, die wahrscheinlich Angst vor Veränderung haben. Und wenn die auf Demos dann mit gewissen Sprüchen auf den Plakaten aufgetreten sind, dann war es manchmal schon so, dass sie damit die Leute ein bisschen getriggert haben. [...] Ich fand das aber in Ordnung, weil hier dieser Vergleich mit links- und rechtsradikal nichts bringt. Ich finde, das sind zwei komplett verschiedene Sachen, und fand da eigentlich immer, dass es ganz richtig ist, dass man da die Dinge auch so krass ansprechen muss, wie sie sind. (I4, S. 17–18)

ZWISCHEN KRITIK AN REALPOLITIK UND KOMPROMISSLOSIGKEIT

Kritisiert wird von Einzelnen die Diskrepanz zwischen Realpolitik und Forderungen der Partei sowie die Ausstrahlung von AKL und sogenannten «Altlinken», denen fehlende Kompromissbereitschaft unterstellt wird. So kritisiert Chris aus Hamburg, der bis zu seinem Parteieintritt Anfang 2018 keine Berührungspunkte mit dem linken Milieu hatte, den Diskussionsstil in einer von ihm besuchten Arbeitsgemeinschaft:

Ich war dann mal in der AG, aber das wird wahrscheinlich eine einmalige Gelegenheit gewesen sein.

Interviewer: Hat dir die nicht zugesagt?

Nein, gar nicht. Also das Thema schon, aber die Leute, die da waren, einfach gar nicht.

Interviewer: Warum nicht?

Das ist so eine Anti-alles-Gruppe. Also, es ging nicht um Frieden, sondern es ging um einfach alles. Jeder Vorschlag, den ich eingebracht habe, wurde sofort abgeschmettert von wegen: «Nee, das ist scheiße, machen wir nicht.» Oder irgendwie so was. [...] Und da habe ich dann in der AG gemerkt: Okay, wenn ich hier öfter hingehge, dann werde ich nachher nur noch aus der LINKEN austreten wollen. (I8, S. 12)

Katja, die als Krankenpflegerin arbeitet, kritisiert wiederum eine Reihe von Entscheidungen der in Berlin gemeinsam mit der SPD und den Grünen regierenden LINKEN:

DIE LINKE hat ganz schön viel Schwachsinn gemacht in den letzten Jahren. Und das nimmt halt auch so ein biss-

chen die Glaubwürdigkeit. Weil, ich glaube, wenn die sich mal wieder dazu zurückorientiert, was sie eigentlich mal ursprünglich wollte, dann kann die, glaube ich, auch wieder viel, viel mehr erreichen. (I6, S. 25)

In einzelnen Interviews kommt zuweilen Kritik an migrationspolitischen Positionen vor, die mit Sahra Wagenknecht in Verbindung gebracht werden. Auffällig ist allerdings, dass bis auf eine Ausnahme (I10) auf explizite Kritik an einzelnen prominenten Politiker*innen der LINKEN weitestgehend verzichtet wird.

VERBESSERUNG DER AUFKLÄRUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Für besonders wichtig und zum Teil verbesserungswürdig halten mehrere Befragte die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Partei. Das betrifft klassische Formate wie Veranstaltungen, ausdrücklich aber die Social-Media-Arbeit (I1, I2, I4, I10). Dietrich aus Leipzig etwa wünscht sich mehr «digitale Angebote», zum einen aus Transparenzgründen («die Partei ist mir zu undurchsichtig»), zum anderen, weil er nach Möglichkeiten sucht, sich von Zuhause aus zu beteiligen, «ohne zu den ganzen Versammlungen gehen zu müssen» (I10, S. 3).

KAMPAGNENARBEIT UND REPRÄSENTATIONSLÜCKE

Im Zusammenhang mit der Debatte über die notwendige soziale Verankerung der LINKEN (siehe hierzu Kapitel 5) war in der geführten Gruppendiskussion auch deutlich erkennbar, dass sich nicht alle mit ihren Interessen ausreichend in der Partei repräsentiert sehen. Ausgangspunkt ist die Wahrnehmung, in der Öffentlichkeit würden bestimmte Themen (durchaus zu Recht) aufgegriffen, gerade die Themen Leiharbeit und Ähnliches, aber nicht Themen bzw. Probleme, die den Kritiker*innen in der Gruppe selbst besonders wichtig oder von denen sie betroffen sind. Verbunden wird dies mit der vorsichtigen Problematisierung der Schwerpunktsetzung in der (auch örtlichen) Kampagnenpolitik der Partei – wenngleich verbunden mit dem Hinweis, dies sei der notwendigen Fokussierung geschuldet.

Julius: Ich finde es gut und schön, dass man sich für die Pflege so einsetzt. Will ich gar nicht kleinreden. Aber das Thema höre ich von der CDU. Das Thema höre ich von der SPD. Das Thema höre ich von den Grünen. Pflege, Studierende. Jetzt stelle ich mir als Leiharbeiter die Frage, warum gehe ich eigentlich für 20 Prozent weniger als die Stammbelogschaft denselben Job machen? Wo bleibt denn da die Solidarität? Wann geht hier mal einer für Leiharbeiter auf die Straße? Ja, die Metaller haben ja auch ihre Lobbys, aber wann geht mal einer für die Taxifahrer auf die Straße? Für all die, die keine Lobby haben? Leiharbeiter haben keine Lobby. Ich höre immer nur Pflege. Ich höre immer nur Studierende. Unter Umständen höre ich noch Beamte. Bin gerade aus ver.di ausgetreten, weil die mir ganz fürchterlich auf den Sack gegangen sind. Ich sitze da und sage mir: «Mein Gott, ich habe eine Ausbildung gemacht. Ich habe

Weiterbildungen gemacht. Ich habe nochmal 5.000 Euro privat in Bildung investiert.» Und ich höre immer nur dieselben Themen. Da ist keiner, der mal aufsteht und sagt: «Entschuldigt mal, wir haben hier ein paar Leiharbeiter, die sind genauso qualifiziert. Die machen genau denselben Job wie die Stammbelagschaft in den Unternehmen. Aber die kriegen 10 bis 30 Prozent weniger Geld und von den Unternehmen werden Stammmitarbeiter rausgeschmissen, in Leiharbeitsfirmen gesteckt und kommen an ihren eigenen Arbeitsplatz wieder zurück für 20 Prozent weniger des Geldes, das sie vorher verdient haben.»

Heidi: Richtig.

Julius: Hey, da schwillt mir der Kamm. Tut mir leid. [...] Ich höre immer nur dieselben Themen: Pflege, Studierende, Beamte. Da kriege ich einen Anfall. So leid mir das tut, es sind auch Randgruppen, die ihre Lobby brauchen, klar. Gar keine Frage, aber es gibt auch noch andere.

Klaus: Ja. Dem kann ich auch nur wieder beipflichten. Zuerst wollte ich noch mal sagen: Ich glaube, wir in Essen, wir machen hier eine Top-Arbeit. [...] Man tut sehr viel. Das finde ich echt top, dass wir hier irgendwo gelandet sind und uns auch einbringen können. Dass da die Plattform dafür gegeben ist. Das muss man echt honorieren. Also dann anknüpfend daran, klar, also dieses Themensetting, dass gerade auch diejenigen, die keine Lobby haben, vertreten werden. Das ist ja auch so ein Problem in der LINKEN. [...] Also, Pflege ist jetzt irgendwie vorgegeben von der Bundeskampagne, so wie ich das mitgekriegt habe, um vielleicht irgendwo richtig Fuß zu fassen, ein Thema zu haben, das jeden angeht. Was man aber auch nicht verschweigen kann, ist die Kapazitätsfrage, worauf konzentrieren wir uns? [...] Ich glaube, jeder würde liebend gerne auch für Rentner, für Zeitarbeiter oder für Arbeitslose viel, viel mehr machen, aber wir haben hierfür nicht die Kapazitäten, leider nicht. Das muss man auch irgendwann konstatieren. (GD, S. 14–15)

Diese Überlegungen werden kurze Zeit später von anderen Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion aufgegriffen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Eindruck der befragten Neumitglieder, dass bestimmte Themen und – indirekt – eigene Leidenserfahrungen durch die Konzentration auf bestimmte Schwerpunkte (zum Beispiel die Pflege) vernachlässigt werden. Zum Problem wird die Wahrnehmung, die Partei beschäftige sich nicht mehr ausreichend mit den Problemen «normaler Arbeitnehmer», sondern interessiere sich vornehmlich für «Randgruppen» bzw. Studie-

rende. Hierzu eine weitere Passage aus der Gruppendiskussion:

Robert: In Altenessen werden gerade Gartenlauben abgerissen. Die Leute müssen ihre Gärten abgeben, damit dort Wohnprojekte entstehen können. Das sind Leute, die hatten 30 Jahren ihren Garten, haben den aufgebaut, haben da Geld reingesteckt. Und denen werden die jetzt einfach weggenommen, weil man Wohnungen braucht. Wieso schließt man hier nicht die Baulücken? Wieso nimmt man den Leuten das weg, was sie jahrelang im Besitz hatten? Und da muss auch DIE LINKE dran. Ich habe hier in Essen, tut mir leid, dass ich das jetzt so sage, zurzeit das Gefühl, hier sind mehr Studenten und mehr Pflegekräfte als Normalos. Ich bin seit Januar 2018 wieder zu Hause, habe meine Ausbildung gemacht und finde keine Arbeit. Man sagt: «Ja, bei einer Zeitarbeitsfirma kommst du ja ganz schnell unter.» Aber das stimmt nicht, weil zu viele Fachkräfte für die Lagerlogistik ausgebildet worden sind. Und da kommen natürlich die Leute dran, die schon Erfahrungen haben. [...] Ich kriege keine Arbeit, weil ich keinen Führerschein habe, keine Kenntnisse im Lager, meine vielen Monate Praktikum kriege ich ja nicht anerkannt. Die Nahles von der SPD wirft einfach ein Weiterbildungsbudget raus von 1.500 bis 2.500 Euro. Ich darf das aber nicht in Anspruch nehmen. [...] Das ist eine Ungerechtigkeit. Da werden die Hartz-IV-Empfänger auch noch gegenseitig ausgespielt. [...] Und da müssen wir auch mal drangehen: Entweder gar keiner oder alle kriegen dieses Weiterbildungsbudget.

Stefan: Ich habe auch drei Ausbildungen gemacht.

Robert: Das ist das, was ich total ungerecht finde.

Heidi: Das sehe ich genauso. Man muss die Themen auch in Richtung der normalen Arbeitnehmer streuen, weil die erkennen sich ja oft nicht wieder. Das geht auch den Arbeitslosen so. Um diese ganze Misere müsste man sich mal ordentlich kümmern. [...] Also, das müsste, denke ich mal, in Berlin geschehen, mal ohne SED-Vorurteil. Das regt mich jeden Tag auf. [...] Weil, ich denke mal, viele sagen: «lihh, DIE LINKE», weil sie noch an die SED denken. Das ist ganz wichtig, dass da mal etwas mehr zur Sprache kommt. Und dann ist es so, die normalen Arbeitnehmer haben keine Lobby. Mit der Pflege und so, das ist schon alles richtig. Im Fernsehen sieht man das. Da sieht man wieder den fiesen Spahn. Irgendwann, denke ich, können die Leute das aber nicht mehr hören. Weiß ich nicht. Man sollte die Kampagnen schon machen, nur breiter angelegt, mit mehreren Themen, was Leute, normale Bürger so interessiert. (GD, 15–16)

EXKURS 3

**SOZIALISTISCHE PARTEI
IN EINER DIFFERENZIIERTEN
KLASSEGESELLSCHAFT**

Deutlich geworden ist im Rahmen der Untersuchung, dass soziale Ungerechtigkeit und damit die soziale Frage sowie die Sorge um Rassismus, antiliberalen Strömungen und um den allgemein wahrgenommenen Rechtsruck Anliegen sind, die alle Befragten teilen. Das sind gemeinsame Problemsichten, aus denen eine sozialistische Partei sowohl eine «mobilisierende Erzählung» als auch ein verbindendes Handlungsangebot entwickeln kann.

Jenseits dieser Gemeinsamkeiten öffnet sich gleichwohl ein weites Feld von ausdifferenzierten Problemwahrnehmungen und Wünschen nach der Setzung bestimmter Handlungsschwerpunkte. In der Regel sind diese wohlbegründet, wurden in den Interviews aber eher unnachgiebig und wenig vermittelt vorgetragen, was auf ein gewisses, mehr oder minder latentes Konfliktpotenzial verweist.

Die Intensität, mit der in den Interviews und in der Gruppendiskussion die eigenen Ansprüche und Forderungen eingeklagt bzw. andere Ausrichtungen kritisiert wurden, wurzelt unseres Erachtens zum Teil in sogenannten Tiefengeschichten der Befragten (Hochschild 2017). Die in den Interviews deutlich gewordene Kontroverse über «Leiharbeit vs. Pflegekampagne» gibt einen Hinweis darauf. Die hier Zitierten, die zum Teil direkt von Leiharbeit und Arbeitslosigkeit betroffen sind, sehen in der thematischen Fokussierung der Kampagnenpolitik der

LINKEN ihre eigenen Interessen und ihre Leidensgeschichte zu wenig berücksichtigt. Obwohl die gemeinsame Kritik an sozialer Ungerechtigkeit als eine einigende Klammer zwischen den Mitgliedern der Partei fungieren könnte, zeigen sich hier erhebliche Unzufriedenheit und ein offensichtliches Spannungsverhältnis.

Diese Gemeinsamkeit ist damit keineswegs entwertet ebensowenig wie die Klammer «Widerstand gegen den Rechtsruck». Unsere Beobachtung unterstreicht allerdings die Herausforderungen und die Aufgabe, vor der eine moderne (kleine) sozialistische Massenpartei in einer sozial stark ausdifferenzierten Klassengesellschaft heute steht: Sie muss versuchen, die Leidenserfahrungen und Handlungsorientierungen von Erwerbslosen, Prekären, Facharbeiter*innen (z. B. Krankenschwestern) und Studierenden bis hin zu gut verdienenden Angestellten aufzugreifen und daraus ein gemeinsames politisches Projekt zu schmieden, das verbindet, ohne «zurückzusetzen» oder «auszugrenzen». Das ist keine Kleinigkeit, denn hier kommt unserer Auffassung nach zum Ausdruck, dass eine linke Partei politisch wie sozial «Heimat» sein muss. Dies scheint die Praxis vor Ort ebenso zu betreffen (Wie kann eine die unterschiedlichen Perspektiven einbeziehende politische Arbeit aussehen?) wie die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene (Wie vielfältig muss die Kampagnensetzung sein, braucht es eine «integrative Klassenerzählung», die sowohl nach innen in die Partei wie nach außen in die Gesellschaft wirkt?).

7 «KLASSENGESCHICHTEN»: AUSGEWÄHLTE PORTRÄTS

KATJA AUS BERLIN: AKTIVISTISCHE STREITERIN FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT UND GLEICHHEIT

Katja, 28, geboren im Ostteil von Berlin, ging Mitte der 1990er Jahre mit ihrer Mutter aus beruflichen Gründen nach Bayern. Ihre Schulzeit wie auch den Berufseinstieg bezeichnet sie als «nicht einfach». Sie verließ das Gymnasium frühzeitig mit einem qualifizierten Hauptschulabschluss. Es folgten Praktikum, Ausbildung, diverse Arbeitsplatzwechsel, zudem eine längere Krankheitsphase und Beschäftigung als Leiharbeiterin in verschiedenen Pflegeberufen. Aktuell arbeitet Katja in einem Berliner Krankenhaus und studiert berufsbegleitend Medizinpädagogik.

Katja hat sich schon früh politisiert. Als Jugendliche gehörte sie zur «linksalternativen Szene» ihrer Stadt, hat auch «mit der lokalen Antifa rumgegangen». Gleichwohl distanzierte sie sich mit fortschreitendem Berufsleben von der autonomen Linken, die ihr mehr und mehr als «zu intolerant gegenüber anderen politischen Meinungen» erschien (I6, S. 4).

Katja leitet viele ihrer politischen Ansichten aus ihren eigenen, unmittelbar von Deklassierung, Prekariisierung, aber auch Aufstiegswillen geprägten beruflichen Erfahrungen ab. Ein Thema, auf das sie immer wieder zu sprechen kommt, ist Gleichberechtigung, die sie jedoch nicht auf soziale oder Geschlechteraspekte begrenzt, sondern umfassend verstanden wissen will.

Also, für mich ist ganz, ganz wichtig dieses Thema Gleichberechtigung, aber jetzt nicht nur als Frau oder als Mann oder keine Ahnung was. Sondern wirkliche Gleichberechtigung von allen Menschen, also egal, ob sie jetzt Geflüchtete sind oder die alten Arbeiterfamilien, die damals aus der Türkei hierhergekommen sind. Und die hier immer noch nicht wirklich akzeptiert werden, was ich nicht verstehe. Also teilweise in dritter, vierter Generation hier wohnen, perfekt integriert sind. Und das sind dann immer noch die Kanaken, wie man das dann so manchmal hört. Wo ich mir denke: Hey Leute, die haben euer Land damals aufgebaut [...]. Also, gerade dieses Thema Rassismus, das stößt mir ganz übel auf. Und da werde ich auch echt ziemlich ekelhaft, was das betrifft. (I6, S. 11)

Auf die Frage, ob sie Rassismus auch im beruflichen Alltag erlebt, antwortet sie:

Ich habe sehr, sehr, sehr viel in anderen Krankenhäusern erlebt, was mich wirklich schockiert hat. Man bekommt das so zwischen Patienten teilweise mit. Auch in Wedding, wo ich dann zu dem einen mal gesagt habe: Naja, was glaubst du eigentlich, wo du hier bist? Also, halt schön mal den Mund, denn ich werde mich hier nicht zwischen dich und die türkische Familie stellen, nur weil du dein Maul aufmachst. Also, die Konsequenzen, die musst du dann schon selber tragen. Also im übertragenen Sinn. Natürlich habe ich das ein bisschen fachlicher und höflicher ausgedrückt. (I6, S. 11–12)

Der LINKEN fühlt sich Katja schon länger verbunden – nicht zuletzt, weil sie ihrer Meinung nach als einzige Partei seit Jahren die Situation in der Pflegebranche öffentlich thematisiert. «DIE LINKE war die einzige Partei, die das Thema Gesundheit und Pflege oder auch Rentner, also diese ganzen sozialen Themen, schon seit Jahren immer wieder benannt und groß publik gemacht hat.» (I6, S. 10) SPD oder auch Die Grünen stellen für Katja keine Alternativen dar. «Ich meine, so die großen Parteien SPD, CDU, die kannst du doch letztendlich in einen Topf schmeißen und dann kommt haargenau dasselbe raus. Außer Die Grünen vielleicht so ein bisschen. Von der FDP brauchen wir ja nicht reden.» (I6, S. 11–12)

Die DKP wäre halt die richtige Alternative. Aber ganz ehrlich, wollen wir wirklich den Kommunismus? Das ist jetzt so eine Frage, die ich mir wirklich stelle. In der Theorie ist Kommunismus immer wunderbar und wunderschön, aber in der Praxis halt einfach nur eine Katastrophe. Das schaut auf dem Papier ganz nett aus, die Umsetzung geht aber meistens schief. Ich meine, das beweisen ja auch Länder wie Nordkorea oder China und auch die DDR. Und natürlich gibt es dann auch noch so etwas wie «Die Partei». Ich denke, die ist ganz gut und ich bin ein Riesenfan von Martin Sonneborn, aber so richtige Straßenpolitik machen die halt auch nicht. Also, ich wollte ja auch irgendwas, was aktiv ist. Was gibt es denn noch? Ja, gut, es gibt noch die IL [Interventionistische Linke], mit der habe ich mich, ehrlich gesagt, zu wenig beschäftigt. (I6, S. 9)

Katja schätzt besonders die aktive Unterstützung von gewerkschaftlich getragenen Kampagnen. In DIE LINKE trat sie Ende 2017 ein. Unmittelbarer Anlass dafür war der Kontakt mit «Gesichtern der Partei» bei einem Bündnistreffen des «Volksentscheids gesunde Krankenhäuser», in dem sie sich engagiert. Sich aktiv in die Partei einzubringen, ist für Katja essenziell: «Eine Partei ist ja kein Fitnessstudio.» (I6, S. 5) Trotz Doppelbelastung durch Beruf und Studium nimmt sie regelmäßig an den zweiwöchigen Sitzungen der BO teil und beteiligt sich an Aktionen. Kampagnen und vor allem die Sichtbarkeit der LINKEN auf der Straße und im Viertel sind für sie zentral für gesellschaftliche Veränderung. Der starke Fokus der Neuköllner LINKEN auf Straßenpräsenz bei Themen wie Mieten oder Antirassismus ist auch der Grund, warum sie den langen Weg aus dem Wedding, wo sie wohnt, zu den Treffen in Neukölln auf sich nimmt. Der LINKEN Wedding fehle diese Straßenpräsenz; dort aktiv zu werden, sei für sie nicht infrage gekommen. «Ihre» Basisorganisation in Neukölln hat für sie eine Art Familienfunktion. Hier wirkt sie, und das, was sie hier macht, ist auch maßgeblich für ihre Sicht auf die Partei DIE LINKE. Das führt dazu, dass sie auf der einen Seite für ihr Engagement vor Ort «brennt», gleichzeitig aber starke Kritik an der Realpolitik der LINKEN etwa im Berliner Senat äußert, von der sie «sehr, sehr enttäuscht» ist (I6, S. 28). «Also, ich

muss ganz ehrlich sagen, die Linkspartei hat natürlich viele Makel. Also, ich unterstütze auch nicht die Landespolitik und in manchen Sachen auch nicht die Bundespolitik.» (I6, S. 9)

Umso mehr freut sie sich, dass DIE LINKE Neukölln auch kritische Veranstaltungen und Aktionen zur von der Berliner Linksfraktion befürworteten «Berliner Schulinitiative» macht. Sorge bereitet ihr, dass DIE LINKE in sozialen Kämpfen der Stadt nicht noch mehr sichtbar ist und somit auch für Leute, die sich dort engagieren, selten als Bündnispartnerin wahrgenommen wird. Als Beispiel nennt sie eine Reihe von Besetzungen leer stehender Häuser durch Berliner Aktivist*innen im Mai 2018:

Ein Freund sagte: «Oh, krass, lass uns mal da hingehen.» Ich so: «Nein, wir sind als Linkspartei dort nicht erwünscht.» Hat der gesagt: «Na, gerade deswegen sollten wir doch hingehen, um zu zeigen, dass wir nicht damit [der späteren Räumung der Häuser] einverstanden sind, was unsere Vertreter, aber natürlich in einer ganz anderen Position da gemacht haben. Also, gerade deswegen sollten wir doch hingehen.»

Interviewer: Du meinst innerparteiliche Opposition?

Genau. Die Frage ist: Wie wichtig sind dir deine eigenen Überzeugungen? Ich habe eine Freundin, die ist auch bei den LINKEN. Die hat zum Beispiel gerade krasse moralische Konflikte und Identifizierungsprobleme. Sie überlegt, ob sie wirklich noch in der Partei drinbleiben will oder nicht. Weil halt alles so gespalten ist. Auf der einen Seite gibt es Leute, die vielleicht so ein bisschen Karriere machen wollen, weswegen wir gerade so eine Art Schwarmbewegung haben. Und dann gibt es halt die Leute, die wirklich idealistisch geprägt und bei jedem Scheiß dabei sind. Klar, dass es da immer wieder zu Streit und Diskussionen kommt. (I6, S 28–29)

MAX AUS KASSEL: AN SOZIALER GERECHTIGKEIT UND WELTOFFENHEIT ORIENTIERTER OPPOSITIONELLER

Max wurde 1995 geboren und durchlebte eine wechselhafte und schwierige Kindheit. Zum Zeitpunkt des Interviews ist er erwerbsunfähig. Politisch geprägt wurde er von seiner Pflegemutter, die sich in der Anti-AKW-Bewegung engagiert hat. Bereits während seiner Hauptschulzeit begann er sich für Politik zu interessieren, diskutierte viel mit einem Freund. Insofern kann man von einem längeren Politisierungsprozess reden, in dem er sich auch mit den Grünen auseinandersetzte. Letztlich entschied er sich aber gegen sie, unter anderem weil Die Grünen ihm «nicht sozial genug» sind. DIE LINKE ist für ihn auf der einen Seite «wesentlich grüner als Die Grünen. Sie ist sozialer als die SPD und antikapitalistisch.» (I2, S. 2) Warum DIE LINKE für Max die richtige politische Alternative ist?

Weil sie wirklich links ist. Weil sie wirklich für soziale Gerechtigkeit kämpft und das nicht nur sagt, dann aber komplett was anderes dahintersteckt. Weil es die einzige Partei ist, die wirklich aktiv für soziale Gerechtigkeit kämpft, für mehr Toleranz, gegen Rassismus und Faschismus, gegen

Sexismus, gegen Homophobie, sich da wirklich ganz klar positioniert. (I2, S. 24)

Soziale Gerechtigkeit ist Max sehr wichtig, ein Umstand, den er selbst auf eigene Erfahrungen als Erwerbsunfähiger mit den Sozialbehörden zurückführt. Hartz IV und Altersarmut ebenso wie schlechte Bildungschancen und die Probleme des Wohnungsmarktes stören ihn ganz besonders.

Mir ist soziale Gerechtigkeit total wichtig, vor allen Dingen das Thema Wohnungsbau. Also, soziales Wohnen, weil ich leider selbst seit mittlerweile fast zwei Jahren davon betroffen bin, dass ich einfach keine Wohnung finde, dass nicht genügend Wohnungen vorhanden sind, dass sie nicht sozial verteilt werden, dass enorm viele Wohnungen privatisiert sind und die dann machen können, was sie wollen. Das finde ich einen ganz großen Punkt. Also, soziale Gerechtigkeit ist mir total wichtig. Antirassismus, Antifaschismus ist mir auch sehr wichtig. Feminismus. Also, ich war schon immer feministisch eingestellt. Und ich war auch schon immer gegen Krieg [...]. Ich habe ja schon als Junge gemerkt, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Und da gibt es nicht wirklich eine andere Partei, die da versucht, in irgendeiner Form entgegenzuwirken. (I2, S. 5)

Soziale Gerechtigkeit ist für Max kein abstraktes Prinzip, er stellt zu ihrer Erläuterung immer wieder Bezüge zu seinen eigenen Erfahrungen und seiner unmittelbaren Lebenswelt her:

Mangelnde soziale Gerechtigkeit zeigt sich nicht nur darin, dass du arbeitslos bist, 400 Euro bekommst und zusehen sollst, dass du damit klarkommst. Oder dass Rentner, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben, auf der Straße Flaschen sammeln müssen, um hier über die Runden zu kommen. Dass behinderte und kranke Menschen sehr wenig Geld haben, auch wenn sie überhaupt nichts dafür können. Also, ich finde das alles schwierig. Soziale Gerechtigkeit ist für mich, wenn jeder in dem Land gut leben kann und dir nicht irgendwelche Steine in den Weg gelegt werden. [...] Ich finde, einige Gruppen haben es in dieser Gesellschaft nicht so leicht. Also, ich kenne genügend, die irgendwann mal in Hartz IV abgerutscht sind und es megalocher haben, da überhaupt wieder rauszukommen. Manche haben vielleicht einen 450-Euro-Job, und das Amt muss trotzdem noch was dazugeben, weil es einfach nicht reicht. Dass man mit Hartz IV oder mittlerweile auch mit ALG II oder Grundsicherung kaum mehr eine Wohnung bekommt, die über 30 Quadratmeter und halbwegs noch bezahlbar ist. Du bekommst halt wirklich nur noch so kleine Wohnklos, so Minidinger. Soziale Gerechtigkeit ist für mich, dass sich jeder eine vernünftige Wohnung leisten kann, die für ihn ausreicht, dass hier jeder wirklich genug zum Leben, zu essen und zu trinken hat. Dass keiner draußen auf der Straße Flaschen sammeln muss, dass es keine Obdachlosigkeit mehr gibt. Das ist für mich soziale Gerechtigkeit: dass es jedem gutgehen kann, wenn er es möchte, wenn er selbst mit daran arbeitet. (I2, S. 12)

Aber die soziale Frage ist nicht alles, was ihn umtreibt. Wichtig ist ihm ebenso eine offene, tolerante und bunte Gesellschaft. Multikulturalität wird von ihm als Bereicherung der Gesellschaft geschätzt.

Es gibt mehr Vielfalt, auch mehr Kulturvielfalt. [...] Es ist lebendiger, finde ich. Und andere Kulturen verhalten sich eben anders. Es ist irgendwie alles interessanter und bunter. [...] Als ich in Berlin war, hatte ich einen Nachmittag Zeit. Da war ich mit einem Freund in Kreuzberg, und das hat mir unglaublich gut gefallen, weil das total bunt war, weil du total viele Menschen aus verschiedenen Kulturen hast, die miteinander leben, obwohl sie aus komplett verschiedenen Ländern kommen. (I2, S. 16)

Soziale Ungerechtigkeit und Rechtsruck spielen für dieses politische Bewusstsein eine zentrale Rolle.

Die LINKEN habe ich damals so wahrgenommen, dass sie wirklich soziale Politik machen, dass sie sich besonders einsetzen für die Menschen, denen es nicht gutgeht, dass es die einzige Partei ist, die sich offensiv ganz klar gegen rechts stellt, was mir schon immer sehr wichtig war. So habe ich sie damals wahrgenommen. Und was ich halt schätze, ist, dass sie gegen Krieg sind und dass sie wirklich ihr Bestes tun, soziale Politik zu machen. Sie haben einen Kämpferwillen. Sie stellen sich natürlich ganz klar gegen rechts. [...] Die LINKEN gucken immer noch eine Ebene drunter, gucken noch mehr, okay, was steckt jetzt wo dahinter. (I2, S. 4)

Auf die Frage, weshalb ihm Offenheit und Antirassismus so wichtig sind, antwortet er mit einem Verweis auf persönliche Erfahrungen:

Vielleicht auch, weil ich selber früher ausgegrenzt und gemobbt wurde. Grundsätzlich war ich schon immer total offen und fand dieses in Schubladen stecken schon immer doof. Ich konnte noch nie verstehen, warum man vor Fremden Angst hat und sie deswegen nicht mag. Weil ich Menschen nicht in Nationen aufteile, sondern der Mensch ist ein Mensch. Es ist völlig wurscht, wo er herkommt. Und ich finde das total falsch, Gruppen auszuschließen, auszugrenzen und sie sogar zu hassen, nur weil sie woanders herkommen. (I2, S. 7)

Max fand seinen Weg zur Partei im Zuge des Bundestagswahlkampfes 2017. Er informierte sich an einem Straßenstand der LINKEN, besuchte danach Veranstaltungen der Partei (u. a. zu Ökologie) und war von der Informiertheit und Kompetenz, die er dort vorfand, beeindruckt. Die Partei vor Ort wirkte auf ihn ansprechend, er fühlte sich sofort willkommen geheißen. Kritik formuliert er allenfalls an der Streit- und Diskussionskultur in der Bundespartei. Diskussionen seien zwar notwendig, aber «so größere Konflikte, die dann halt auch die Außenwelt mitbekommt, sind nicht gut» (I2, S. 14).

Prominente Köpfe der Partei kannte er aus den Medien, sie beeinflussten auch sein positives Bild der LINKEN. Einen großen Einfluss hatten sie allerdings nicht auf seinen Eintritt. Für ihn zählen die Inhalte, nicht die einzelnen Politiker*innen. Die würden kommen und gehen, antwortet er auf die Frage, ob prominentere Vertreter*innen der LINKEN für seinen Eintritt wichtig gewesen seien:

Nein, überhaupt nicht. [...] Weil, das macht keine Partei aus. Die Menschen sind vielleicht ein paar Jahre in der Partei oder meinetwegen auch 20, 30 oder 40. Das gilt wahrscheinlich für die im Bundestag. Die meisten anderen sind

ein paar Jahre dort und dann sind sie wieder weg. Und das macht keine Partei aus, sondern eine Partei machen für mich die Inhalte aus. (I2, S. 13)

Besonders ansprechend ist für Max der aktive Jugendverband vor Ort. Lobend hebt er die vielen von der LINKEN organisierten öffentlichen Informations- und Bildungsveranstaltungen hervor. Wichtig ist ihm, dass es Angebote gibt, die ihm aktives Mitmachen ermöglichen, wenngleich er diese bisher nicht in der Partei, sondern vor allem in außerparlamentarischen Initiativen der Stadt gefunden hat. Wichtig wären sie aber für ihn auch seitens der Partei, denn: «Warum ich in die Partei eintreten wollte, hat damit zu tun, dass ich aktiv sein will und die Chance haben möchte, irgendwas verändern zu können. Weil, vom auf dem Sofa Herumsitzen und sich über dieses und jenes Aufregen passiert halt nichts.» (I2, S. 20)

Die Bildungs- und Informationsangebote sollten seiner Meinung nach noch ausgebaut werden, weil für Max Aufklärungs- und Bildungsarbeit entscheidend für eine sozial gerechtere Gesellschaft sind. Insgesamt wünscht er sich von der Partei mehr «Kämpferwillen»:

Noch mehr offensiver Kampf, mehr Demonstrationen, Kundgebungen. Ist außerhalb von Solid so ein bisschen schwach, was aber verständlich ist, weil tatsächlich immer noch der Großteil der Parteimitglieder ein bisschen älter ist. Und die sind jetzt nicht fähig oder gewillt, da noch groß auf die Straße zu gehen. Ich finde es aber wiederum total gut, dass die stattdessen sehr, sehr viele Veranstaltungen machen, um einfach die Bürger zu gewissen Themen zu informieren. (I2, S. 22)

Klar ist für ihn: DIE LINKE sollte sich nicht anpassen, eine klar oppositionelle Kraft bleiben – in keinem Fall aber dem Weg der Grünen und der SPD in die Mitte folgen.

Also, was mir wichtig ist, dass sie so bleibt, wie sie ist, dass sie sich nicht anpasst, nicht mehr Richtung Mitte rückt. Das ist mir extrem wichtig, dass sie wirklich eine Alternative darstellt, dass sie links bleibt und immer links von der Mitte ist. [...] Anpassen ist das, was die SPD gemacht hat oder Die Grünen. Die sind so von ihren Dingen relativ abgerückt, von dem, wie sie sich gegründet haben. Die SPD war mal eine Arbeiterpartei und wollte für soziale Gerechtigkeit kämpfen, und jetzt ist die SPD sehr, sehr nah an die CDU herangerückt. Und Die Grünen haben sich auch an die anderen großen Parteien angepasst, sind schon lange nicht mehr einfach die Ökopartei, die damals viel Kampfeswillen hatte und für Veränderung war. Die sind einfach ruhig geworden, um auch mehr Wählerstimmen abzufangen. Klar, sind Wählerstimmen wichtig, aber man sollte deswegen nicht von seinen Inhalten abrücken und seine Position anpassen. (I2, S. 23–24)

MARKUS AUS ESSEN: REVOLUTIONÄRER ANTIKAPITALIST UND INTERNATIONALIST

Markus ist 25 Jahre alt und studiert auf Lehramt, seine alleinerziehende Mutter nimmt seit längerer Zeit Arbeitslosengeld II in Anspruch (I5, S. 9). Politisiert wurde er durch die «Flüchtlingswelle» – vorher sei er ein durch und durch unpolitischer Mensch gewesen. Über

die Auseinandersetzung mit der AfD fand er schließlich den Weg zur LINKEN:

Also, ich war vorher eigentlich gar nicht politisch interessiert. Dann habe ich mehr und mehr mitbekommen, was in den Medien los ist. Mich hat gestört [...], welche Sichtweisen da zum Ausdruck kamen. Mit einer Freundin von mir war ich dann auf einer Anti-AfD-Demo in Bochum oder Dortmund. Das war meine erste Demo. Und da haben wir Frauke Petry ein bisschen ausgebuht. Und da habe ich mich mehr und mehr dafür interessiert. Die AfD und dieser Rechtsruck gingen mir mehr und mehr auf den Sack. Und dann habe ich bei Facebook Hinweise auf Veranstaltungen gesehen. Einmal war ich bei einer Veranstaltung über Fluchtursachen, hier in der Volkshochschule in Essen. Das war echt interessant. Und irgendwann war ich dann bei einer Veranstaltung von der Partei DIE LINKE in Bochum. Da haben Sahra Wagenknecht und Christoph Butterwegge geredet und der Chef vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Und das hat mich so sehr angesprochen, dass ich gesagt habe: «Ja, da will ich mitmachen.» Ich bin dann direkt eingetreten. [...] Ich hatte das Gefühl, etwas machen zu wollen, einerseits für die Geflüchteten. Da kam mir diese schon existierende Struktur sehr gelegen. Das hat mir das vereinfacht. Vor allen Dingen aber wollte ich etwas gegen diesen Rechtsruck tun, der da aufkam. (I5, S. 3)

Wenngleich die Rechtsentwicklung für Markus ein zentraler Anstoß war, um sich mit Politik näher auseinanderzusetzen und aktiv zu werden, wirkte DIE LINKE auch deshalb überzeugend auf ihn, weil sie an seine sozialen Ungleichheitserfahrungen anknüpfte – konkret im Rahmen der erwähnten Parteiveranstaltung:

Da ging es gar nicht mal um Geflüchtete bei der Veranstaltung, sondern mehr um Armut. [...] Alle drei Reden waren super, und da kam irgendwie genau das rüber, was mich einfach angesprochen hat. Und ich weiß nicht, vielleicht war es auch deshalb ein bisschen naiv, direkt in DIE LINKE einzutreten. Denn ich hatte eigentlich keinen großen Vergleich, für Politik habe ich mich vorher ja kaum interessiert. Aber eben dann kam im Nachhinein immer mehr Interesse, also das Interesse wurde immer größer, und ich habe gemerkt, ja, da bin ich richtig. (I5, S.4)

Seine Kritik am Rechtsruck und an sozialer Ungleichheit ist eingebettet in eine umfassendere Gesellschaftskritik, die in der Forderung nach einem neuen «System» mündet:

Ich würde sagen, wir brauchen ein anderes System, ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. [...] Weil an allen Enden, ob es die Armut ist, der Krieg ist, die Ökologie ist, überall, würde ich sagen, verkackten wir gerade aktuell total. (I5, S. 10)

Zum Eintritt führte seine zügige Politisierung, die ihn – aus seiner Perspektive – zufällig mit der LINKEN in Berührung brachte. Kampagnen der Partei oder andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit waren ihm vorher nicht aufgefallen, bekannte Gesichter wie Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi trugen zum damaligen Zeitpunkt allerdings dazu bei, dass er sich offen mit der Partei auseinandersetzte (I5, S. 5). Nach dem Eintritt begann für ihn eine Entwicklung, die er selbst als Radi-

kalisierungsprozess beschreibt – heute versteht er sich als Revolutionär.

Und im weiteren Kontakt dann, seit dem Eintritt wirklich, habe ich dann viel gelesen und dadurch mich sozusagen radikalisiert. [...] Insofern, dass ich bevor ich eingetreten bin, definitiv mich nicht als revolutionären Linken bezeichnet hätte. Mal abgesehen davon, dass ich keine Ahnung von irgendwelchen Bezeichnungen hatte. (I5, S. 6)

Aufgrund seiner Empörung ist er in verschiedenen Bereichen aktiv, er nimmt regelmäßig an Aktiventreffen der LINKEN vor Ort teil, beteiligt sich an einem Bündnis gegen Abschiebung und unterstützte zuletzt die Partei im Wahlkampf (I5, S. 20–22).

Sehr positiv bewertet Markus die Mitmachmöglichkeiten vor Ort. Direkt nach seinem Eintritt wurde er angerufen und zu einem Treffen eingeladen, im Aktivenkreis traf er auf «offene» und «nette» Menschen. Die Möglichkeit, sich einzubringen und seine Meinung zu sagen, schätzt er sehr (I5, S. 5). Entsprechend lobend äußert er sich über die Kontinuität der Parteiarbeit vor Ort und über die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten:

Dass halt wirklich jede Woche dieses Treffen ist, wo echt immer viele Leute da sind. Jeden Tag sind eigentlich Leute da. Und da wird man immer wieder herzlich aufgenommen, wenn man länger mal nicht da war. Oder es sind immer wieder neue Gesichter da, das ist supergeil. Da freue ich mich jedes Mal drüber. Und dieser stetige Austausch [...] Der Karl schafft es auch immer, ziemlich zu motivieren, finde ich, weil er selbst so begeistert bei der Sache ist. (I5, S. 23)

Die gesellschaftlichen Probleme verlangen, so Markus, nach einer radikalen gesellschaftlichen Umwälzung, Reformen allein reichten nicht, da sich die Reichen und Mächtigen davon allein «nicht beeindruckt» ließen (I5, S. 16). Strategisch ist für ihn die «Weltrevolution» Mittel zum Zweck:

Ich finde, dass der aktuelle Kapitalismus, der Neoliberalismus, zu einer Welt geführt hat, die ich so nicht mehr annähernd okay finde. Und ich denke, dass auf jeden Fall die Umwelt in absehbarer Zeit schon ein großes Problem für viele von uns werden könnte. Vielleicht jetzt hier in Deutschland nicht so, aber dadurch werden logischerweise noch mehr Menschen zur Flucht gezwungen. Und ich habe die Hoffnung, dass unsere Chance die Weltrevolution sein könnte. Die Armut auf der Welt, die ist einfach nicht mehr hinnehmbar. Die täglich verhungernenden und durch Krieg ermordeten Menschen, das ist einfach nicht länger hinnehmbar. Und da muss man irgendwie auf der richtigen Seite stehen und versuchen, was zu tun. (I5, S. 10)

Markus setzt sich durchaus für konkrete soziale und politische Verbesserungen ein, sein Ziel ist aber eine kommunistische Gesellschaft:

Für mich steht dahinter, dass es keine Klassengesellschaft mehr gibt. Das steht für mich dahinter auf jeden Fall. Für mich steht dahinter, dass man Menschen so akzeptiert, wie sie sind. Also das ist ein Sprung, der wirklich einen anderen Menschen in meinen Augen voraussetzt, und zwar einen Menschen, der einfach nicht mehr kapitalistisch

denkt. Ein Mensch, der nicht etwas tut für Geld, für eine Belohnung, für sich selbst, sondern der etwas tut für die Gemeinschaft und damit zufrieden ist. Und für mich wäre das eine Welt, in der auch nicht dieses Mann-Frau-Kind-Beziehungsmodell das Einzige wäre, sondern dann gäbe es wahrscheinlich auch ganz verschiedenste Dinge und die wären alle vollkommen in Ordnung. Eine Welt, in der man das arbeitet, was man arbeiten möchte, und wenn es halt ist, dass man möchte, dass der, ich sage jetzt mal, Scheiß in der Umgebung geregelt ist. Wenn Leute da erwidern: «Ja, aber keiner möchte die Drecksjobs erledigen», dann sehe ich da erstens die Technologie, die in Zukunft für ganz viele Dinge genutzt werden kann, und zweitens denke ich, dass ja jeder sein Zuhause irgendwie sauber hält. Und ich glaube, dass da auch auf einer größeren Ebene so ein Bewusstsein, wie das aktuell bezogen auf die eigene Wohnung oder das eigene Haus bei Leuten vorhanden ist, möglich ist. Eine Welt ohne Krieg. Ich glaube auch, dass in dieser Welt Menschen kein Bedürfnis mehr nach Religion hätten, vielleicht nach Spiritualität [...] Ich wünsche mir eine Welt, in der einfach alle irgendwie leben um des Lebens willens. Ich glaube, das würde ich als Abschluss sagen. (I5, S. 15–16)

Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die Partei Menschen überzeugen. Ein Mittel dafür sind nach Ansicht von Markus konkrete Formen des Widerstands, die auf Probleme aufmerksam machen (I5, S. 17–18). Nötig ist laut Markus aber auch ein positives Zukunftsbild der Gesellschaft, für die DIE LINKE sich einsetzt – allerdings ausdrücklich nicht derart, dass lediglich auf ein besseres Früher verwiesen wird: «Das Wichtigste ist, ein positives Bild für die Zukunft zu entwerfen und das den Leuten zu vermitteln. Ich glaube, das fehlt irgendwie.» (I5, S. 19–20)

CHRIS AUS HAMBURG: SAMMLUNGSBEWEGTER STREITER FÜR GERECHTIGKEIT UND TOLERANZ

Chris, 26, hat 2016 sein Studium (Wirtschaftsingenieurwesen und Logistikmanagement) abgeschlossen und arbeitet in einer großen Hamburger Reederei in der «Geschäftsentwicklung». Er ist das einzige unter den von uns befragten Neumitgliedern, das aus einem bürgerlichen-konservativem Haushalt kommt («Bei uns wurde immer CDU gewählt» [I8, S. 1]). Weder war er bis zu seinem Parteieintritt zu Beginn des Jahres 2018 politisch oder sozial engagiert, noch hat er bisher Prekarisierungs- oder Deklassierungserfahrungen gemacht. Warum tritt jemand wie Chris in DIE LINKE ein?

Ein wesentlicher Grund, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, war die in seiner Wahrnehmung in den letzten fünf Jahren gewachsene (globale) Ungleichheit: «Da ich es schlimm finde, wie ungerecht es auf der Welt mittlerweile zugeht und dass es eher schlimmer als besser wird.» (I8, S. 2) Auf diese Empörung über zunehmende Ungleichheit folgte ein kurzer Prozess der Politisierung, der durch zwei Momente entscheidend beeinflusst wurde: zum einen die US-Präsidentenwahlen, die er während eines Studienaufent-

halts in den USA hautnah miterlebt hat, zum anderen der gesellschaftliche Rechtsruck infolge der «Flüchtlingskrise» in Deutschland seit 2015. Interessant ist, dass ihn nicht nur die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten «mitgenommen» hat. Inspirierend für seine erstmalige Beschäftigung mit linken Politikansätzen war die Kampagne «Our Revolution» vom Clinton-Herausforderer Bernie Sanders:

Auf jeden Fall zählte die Trump-Wahl dazu, die mich sehr mitgenommen hat, gerade weil ich während des Studiums ein Jahr drüben war und deswegen eine besondere Verbindung dazu habe. Da war dann die Trump-Wahl natürlich ein riesiger Schock. Der erste Schock war, dass Bernie Sanders nicht hatte antreten dürfen, weil man sich für Hillary entschieden hatte. (I8, S. 2–3)

Eine solche Kombination – Ablehnung einer gesellschaftlichen Entwicklung bei gleichzeitiger Entdeckung einer neuen politischen Antwort darauf – findet sich auch bei seinem zweiten Politisierungsmoment:

Das andere war die Flüchtlingspolitik bzw. die Flüchtlingskrise, die einen da aufgerüttelt hat, gerade wenn man wie ich aus einem kleinen Dorf kommt. [...] Da habe ich dann einfach gemerkt, dass DIE LINKE der Hetze etwas entgegengesetzt, etwas dagegen machen kann. Und das waren dann für mich wichtige Beweggründe. Ich habe gesagt: Okay, entweder so oder gar nicht. (I8, S. 3)

Die sich in großen Teilen der Gesellschaft vollziehende Rechtsentwicklung wird von ihm als eine Art Zeitenwende wahrgenommen, als ein Bruch mit Weltoffenheit und «Toleranz», die es «bis vor ein paar Jahren» noch in der deutschen Gesellschaft gegeben habe (I8, S. 6). «Linke Politik», in erster Linie verstanden als Solidarität mit Schwächeren, ist für ihn ein Ansatz, diese Probleme zu lösen: «Und da finde ich, ist linke Politik, die Politik, wo ich sehe, dass die Probleme dadurch am besten gelöst werden durch ein solidarisches Konzept, indem einfach auch die Schwächsten mitgenommen und abgeholt werden.» (I8, S. 2)

Dass Chris mit den Inhalten der LINKEN in Berührung kam, ist nicht zuletzt der Präsenz von prominenten Köpfen der Partei in der Öffentlichkeit zu verdanken. Er verweist auf Gregor Gysi und auf Fabio de Masi, die ihn «in die Politik reingezogen» hätten (I8, S. 5). Beindruckt hätten ihn dabei nicht nur deren rhetorische Fähigkeiten («Gysi ist ein verdammt guter Redner» [I8, S. 5]), sondern vor allem deren «Glaubwürdigkeit». Über Gysi sagt er: «Also, ich glaube ihm, was er sagt. Und wenn er Ideen hat und etwas vorschlägt, dann nehme ich es ihm ab, dass er da total dahintersteht.» (I8, S. 6) Glaubwürdige Ansätze zu vertreten ist schließlich auch ein wesentliches Merkmal, dass DIE LINKE für ihn von anderen Parteien unterscheidet, sowohl von den großen Volksparteien SPD und CDU als auch interessanterweise von den Grünen. Diese seien für ihn «nicht wählbar», ihre Politikansätze gingen «in die falsche Richtung», etwa beim Thema Wirtschaftspolitik oder Frieden.

Der konkrete Anlass, in DIE LINKE einzutreten, war schließlich sein Umzug nach Hamburg. Hier fühlt Chris

sich «gut aufgehoben» (I7, S. 17) und nimmt an einer Reihe von Aktivitäten teil. «Ich finde es auch ganz cool, dass man so viele Angebote bekommt, zum Beispiel das Aktiven-Frühstück, dass man sich echt regelmäßig wieder sieht und was machen kann.» (I7, S. 17)

Anders als viele andere interviewte Neumitglieder nimmt Chris viele parteiinterne Streitigkeiten kaum wahr, auch weil sie in seinem privaten, weniger links politisierten Umfeld keine Rolle spielen. Gleichwohl wird auch von ihm die Diskussionskultur in der Hamburger LINKEN zum Teil kritisch gesehen:

Dieser Streit da oben in der Partei, der in den Medien mehrmals aufgenommen wurde, den fühlt man halt auch zum Beispiel in der AG. Es gab mal so eine Vorstellung aller AGs, es war an einem Sonntag in einem Gemeindehaus, da haben sich alle vorgestellt und da hat man halt auch mit dem ein oder anderen gesprochen und sich so gedacht: «Leute, ey, ihr könnt doch nicht untereinander so gegeneinander hetzen, ihr habt doch alle dieselben Beweggründe.» Es wäre wichtig, dass man da einfach ein bisschen Ruhe reinbringt. Und wenn das von oben nicht vorgelebt wird, dann kann man das im Kleinen auch vielleicht nicht so gut hinkriegen. Ich finde, dass man da sich dann mal ein bisschen zusammenreißen muss und wieder miteinander für die lin-

ke Idee kämpft und nicht immer nur Kleinkriege austrägt. (I7, S. 17)

Chris wünscht sich eine linke Politik, die das Verbindende in unterschiedlichen politischen Lagern sucht, über «Parteigrenzen hinaus» (I7, S. 10), «nicht einfach alles ablehnt, was nicht gerade aus der linken Ecke kommt» (I7, S. 10), und er wünscht sich eine Partei, mit deren Mitgliedern er gemeinsam etwa gegen Rassismus auf die Straße gehen kann. Dies ist ein Ansatz, den er bei Bernie Sanders ebenso verwirklicht sieht wie im Bündnis «Aufstehen», für das er Sympathien hegt, auch wenn er sich nur rudimentär mit der Bewegung beschäftigt hat:

Ich finde das tendenziell interessant. Dadurch, dass ich ja jetzt, seitdem die Aktion da ist, viel mit Arbeit und mit Studium zu tun hatte, hatte ich jetzt noch nicht die Zeit, mich da ausführlicher mit auseinanderzusetzen, aber ich finde den Grundgedanken, die Grundidee, auf jeden Fall extrem gut. Und die ist ja auch verwandt mit der von Bernie Sanders und seiner Bewegung «Our Revolution». [...] Die Aufstehen-Bewegung ist keine reine linke Bewegung. Da dürfen sich auch Menschen aus anderen Parteien anschließen, und das ist, finde ich, eine sehr gute Idee, eine gute Herangehensweise. (I7, S. 11)

8 FAZIT

Motiviert zum Aktivwerden bzw. zum Eintritt in DIE LINKE wurden die Befragten in der Regel nicht durch ein einzelnes Ereignis oder eine einzelnes Thema, das sie umtreibt. Charakteristisch ist vielmehr ein Akkord mehrere Ungerechtigkeitswahrnehmungen, in dem eine einzelne dominiert. Überwiegend war dies die wachsende soziale Ungleichheit (bzw. Aspekte der sozialen Frage), verbunden mit Empörung über bzw. die Sorge um Rassismus und Rechtsentwicklung. Zum Teil wollten die befragten Neumitglieder mit ihrem Parteibeitritt ein Zeichen gegen die Hetze gegen Geflüchtete setzen. Friedenspolitische Überlegungen spielten ebenfalls für mehrere Befragte eine wichtige Rolle neben der Kritik an Bildungsungerechtigkeit und der Beschäftigung mit der ökologischen Frage.

Die in die Untersuchung einbezogenen Neumitglieder bewerten die gesellschaftliche Entwicklung, trotz deutlicher Kritiken am Status quo, differenziert. Schwarz-weiß-Denken kommt bei ihnen kaum vor. Positiv heben mehrere Befragte die demokratischen Grundstrukturen (demokratische Wahlen), die Rechtsstaatlichkeit (Schutz vor staatlicher Willkür) sowie die Sozialstaatlichkeit als gesellschaftliche Errungenschaften hervor. Von mehreren Interviewten beklagt werden die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes und ihre Folgen (Niedriglöhne und Altersarmut etwa) sowie Fremdenfeindlichkeit als negatives Moment der gesellschaftlichen Entwicklung.

Für den Parteieintritt spielten einzelne bekannte Politiker*innen der Partei durchaus eine Rolle, sie gaben aber selten den entscheidenden Ausschlag. Bedeutsam dagegen sind vielschichtige Politisierungsprozesse. Einzelne politische Persönlichkeiten wirkten wie auch öffentliche Veranstaltungen der LINKEN vielmehr einladend und bestätigend. Die «Gesichter vor Ort» – die den Neumitgliedern an Ständen, in Parteiveranstaltungen oder über persönliche Kontakte begegneten – fungierten dabei häufig als erster Prüfstein im Suchprozess. Die Befragten fühlten sich bestärkt durch deren Kompetenz, Wissen und Offenheit.

Gefragt nach ihren inhaltlichen und programmatischen Vorstellungen nannten die Befragten am häufigsten sozialpolitische Forderungen, etwa die nach einer stärkeren Regulierung des Arbeitsmarktes oder den Kampf gegen Altersarmut. Auch dem Widerstand gegen rechts bzw. Fremdenfeindlichkeit wird von einem großen Teil der Interviewten ein hoher Stellenwert zugemessen. Das gilt ausnahmslos für die unter 30-jährigen Neumitglieder, während das Thema bei einigen älteren Parteimitgliedern weniger zentral ist. Kritik an der (Wahl-) Programmatik der LINKEN wurde nicht formuliert.

Mit Blick auf das praktische bzw. strategische Vorgehen der Partei, wie diese Ziele bzw. Forderungen durchzusetzen wären, gingen die Meinungen in den Interviews deutlich auseinander. Auch wenn sich nicht

alle Befragten mit ihren diesbezüglichen Deutungen klar zuordnen lassen, finden sich im Sample mehrheitlich «revolutionär-oppositionelle» Ansätze und «oppositionell-gestaltungsorientierte» Ansätze, die von ihren Vertreter*innen in der Regel wohlüberlegt und begründet vorgetragen werden. Viele der Äußerungen zeigen jedoch, dass die Ansichten und Positionen weniger strategisch kohärent und verfestigt, sondern eher widersprüchlich und im Fluss sind. So steht der Wunsch nach einer baldigen Regierung mit SPD und Grünen neben der Erwartung, die Partei möge die Bundesrepublik aus der NATO herausführen und eine klar erkennbare Oppositionskraft bleiben.

Was einen Großteil der Befragten verbindet, ist ihre Deutung, die Partei solle sich besser sozial bzw. zivilgesellschaftlich verankern. Darunter wird gleichwohl sehr Unterschiedliches verstanden, die Forderung nach besserer Social-Media-Arbeit etwa oder der Anspruch, die Partei müsse aktivierende Kampagnen durchführen und stärker in den Stadtteilen präsent sein. Zu diesen «kleinen Schritten» gehört nach mehrheitlicher Auffassung der Befragten auch eine intensivere Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit. Es wird gewünscht, dass die Partei neben klassischen Abend- und Informationsveranstaltung auch andere Bildungsformate anbietet.

Scharfe Kritiker*innen der Partei gab es unter den Befragten nicht.¹ Zur Sprache kam jedoch bei vielen ein gewisses Unbehagen an der Diskussionskultur innerhalb der Bundespartei, insbesondere an der scharfen bis feindseligen Austragung von Meinungsverschiedenheiten in den Medien. Die Partei vor Ort wurde aber in der Regel von dieser Kritik ausgenommen, sie wird fast ausnahmslos als offener und solidarischer auch im Streit miteinander wahrgenommen. Weitere, vereinzelt geäußerte Kritikpunkte bezogen sich auf «zu viele Grundsatzdiskussionen», «die verstaubte Social-Media-Arbeit», auf die zu positive Bewertung der «alten sozialen Marktwirtschaft», also an zu viel Rückwärtsgewandtheit und zu wenig neuen Gestaltungsansätzen oder eigenen Visionen. Wenig überraschend: Je älter die Befragten, desto seltener wurde solche Punkte moniert.

Überwiegend geteilt wird von den Befragten der Wunsch, DIE LINKE möge ein klares politisches Profil bewahren und sich nicht an die anderen Parteien anpassen. Explizit wurden die SPD und Die Grünen als abschreckende Beispiele genannt. Ein Teil der Befragten verband dies darüber hinaus mit Plädoyers für mehr Kompromissbereitschaft und Regierungsbeteiligungen, andere mit der Kritik an einer Diskrepanz zwischen Forderungen und Realpolitik der Partei sowie dem Wunsch nach einer klaren Oppositionsrolle.

¹ Das ist insofern nicht überraschend, als die Teilnahme an der Befragung freiwillig war. Kontakte wurden über die Kreisverbände bzw. Basisorganisationen der LINKEN hergestellt. Es ist unwahrscheinlich, dass stark unzufriedene Parteimitglieder bzw. scharfe Kritiker*innen ihre Freizeit für ein Interview opfern würden. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Befragten grundsätzlich unkritisch waren.

LITERATUR

B

Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.

D

DIE LINKE (2018): Aktuelle Trends der Mitgliederentwicklung, herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE, Bereich Kampagnen und Parteientwicklung, Berlin.

G

Gamson, William A. (2002): Talking Politics, Cambridge.

Goes, Thomas (2015): Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte im Großhandel auswirkt, Frankfurt a. M.

Gramsci, Antonio (1999): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Band 9, Hamburg.

Gramsci, Antonio (2004): Erziehung und Bildung, Gramsci-Reader, Hamburg.

H

Hall, Stuart (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M., S. 84–105.

Haug, Wolfgang Fritz (2001): Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern, Berlin.

Hochschild, Arlie (2017): Fremd in ihrem eigenen Land, Frankfurt a. M.

K

Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden.

O

Oliver, Pamela E./Johnston, Hank (2005): What a Good Idea! Ideologies and Frames in Social Movement Research, in: Johnston, Hank/Noakes, John A. (Hrsg.): Frames of Protest. Social Movements and the Framing Perspective, Oxford, S. 185–205.

S

Snow, David A./Soule, Sarah A. (2010): A Primer on Social Movements, New York/London.

V

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M.

